

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großherzoglich bestimme Blatt

Besitzpreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit für einen Monat einschließlich Briefporto 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Briefporto. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig.
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10gels. Kolonialzeile 35 Pf., bei Platzvorricht 40 Pf.
Stellenangebote 10gels. Kolonialzeile 25 Pf. Familienanzeichen von Privaten
die 10gels. Kolonialzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 Mf. Inserat v. ausw.:
die 10gels. Kolonialzeile 40 Pf. bei Platzvorricht 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Aussträger, unte Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Moskau Note an Peking.

Abberufung des Geschäftsträgers.

SPD. Riga, 11. April. (Radio.)

Die Sowjetregierung hat dem chinesischen Kabinett in Peking am Sonnabend eine scharfe Protestnote gegen den Überfall auf das Gebiet der russischen Botschaft in Peking überreicht. In der Note wird angeklagt, daß bis zur Erfüllung der von Russland geforderten Genugtuung die Sowjetregierung ihren Pekinger Geschäftsträger mit dem gesamten Botschaftspersonal aus Peking abgesetzt und nur die zur Erfüllung der Konsulatsgeschäfte erforderlichen Beamten dort belassen wird. In der Note werden schließlich vier Forderungen unter ausführlicher Schilderung der Vorgänge in Peking aufgestellt. Sie lauten:

1. Die chinesischen Militäraufgebote und die Polizei müssen unverzüglich aus den Räumen des Militärrats und der Botschaftsangestellten und der Handelsvertretung entfernt werden.

2. Sämtliche verhassten Angestellten der Sowjetbehörde und der Wirtschaftsinstitutionen der Sowjetunion müssen sofort freigelassen werden.

3. Sämtliche Dokumente, die in den Räumen des Militärrats aufbewahrt wurden, müssen unverzüglich zurückgegeben werden.

4. Gegenstand, Geld, Haushaltungsgegenstände, Bücher und sonst von der Polizei und dem Militärrat geplünderte und beschlagnahmtes Gut muß dem Eigentümer unverzüglich zurückgegeben werden.

In der Note heißt es schließlich, daß sich die Sowjetregierung jedes Mittes schärfstes Repression enthält, obgleich dazu die Möglichkeiten hinlänglich vorhanden wären.

Die Note schließt mit den Worten: „Die Sowjetregierung legt sich darüber Rechtshand ab, daß verantwortungslose Kreise ausländischer Imperialisten die Sowjetunion zum Kriege provozieren wollen, und daß das Kabinett von Peking das Verfaßung eines von ausländischen imperialistischen Kreisen getriebenen Spieses wurde. Die Sowjetregierung läßt sich jedoch in ihrer Politik ausschließlich von den Interessen der werktätigen der ganzen Welt, darunter von den Interessen der chinesischen Volksmassen, und der Arbeiterklasse aller Länder bestimmen.“ Als Antwort auf die Pekinger Proclamation, welche die Verschärfung der internationalen Lage und eine Umwandlung der *de facto* bereits in Gang gebrachten Kriegsoperationen einiger imperialistischer Mächte gegen China in einen neuen Weltkrieg beweist, erklärt die Sowjetregierung, daß sie sich von niemand provozieren lassen und mit allen Mitteln die Sache des Völkerfriedens verteidigen wird. Dabei beweist die Sowjetregierung nicht, daß ihr bei diesen Friedensbekämpfungen die einmütige Unterstützung von Seiten der werktätigen Massen aller Länder, darunter auch in erster Linie von Seiten der Völker Chinas und der Sowjetunion zuteil werden wird.“

Der Ton der russischen Note ist gegenüber der Pekinger Regierung ziemlich zurückhaltend, einige schärfere Worte gehen über Peking an Englands Adresse. Der Abberufung des Geschäftsträgers kommt die Bedeutung kaum zu, die im allgemeinen ein solcher Schritt zu haben pflegt. Einmal ist diese Aktion nur als eine vorläufige Protestdemonstration gedacht, und zum anderen bleibt es sich ziemlich gleich, ob bei dem Pekinger Schattenkabinett noch ein Botschafter mehr oder weniger nichts zu tun hat. Fraglich bleibt aberndings, ob Tschangtschinschi die russischen Forderungen annehmen wird. Das wird schließlich von dem Maße des Einflusses abhängen, den Japan hier gestellt zu machen für nötig hält.

Ein englischer Kreuzer im Kampf.

Eine Niederlage der Kantonstruppen.

Shanghai, 9. April. (Reuter.)

Die 24 Kilometer abwärts von Tschöntsiang befindlichen Forts haben das Feuer auf den britischen Zerstörer „Veteran“ eröffnet. „Veteran“ antwortete und richtete dabei bedeutenden Schaden an. Das kaiserliche Schiff wurde getroffen, jedoch wurde an Bord niemand verletzt.

Nach Funktelegramm aus Tschöntsiang hat die Armee Sun-Schuanfangs den Angriffen der Südarmee, die sich nördlich vom Kaiserkanal bewegten, eine Niederlage beigebracht. Nähere Einzelheiten fehlen. Es scheint jedoch, daß die Südtruppen, die nach und nach nach dem Jangtse zurückgeworfen wurden, in Tangtschung eingetroffen sind. Hunderte von verwundeten Nationalisten wurden über den Fluss nach Tschöntsiang gebracht. In dieser Stadt werden die nationalistischen Fahnen heruntergeholt.

Abermals hat ein englisches Kanonenboot in die chinesischen Kämpfe eingegriffen. Schließlich wird sich durch die englischen Journalisten leicht herausfinden lassen, daß von dem britischen Fort zuerst geschossen worden ist.

Über die in der vorliegenden Neutmeldung mitgeteilte Niederlage der Kantonarmee läßt sich Räher aus den vorliegenden Nachrichten nicht entnehmen. Tatsächlich scheint die Südarmee eine Schlappe erhalten zu haben. Auf jeden Fall kann kaum größerer Umfang sein und ist für den Fortgang der Kämpfe ziemlich bedeutungslos.

Die Aktion der Kantonarmee wird ziemlich gehemmt durch die inneren Auseinandersetzungen in der Kuomintang. Wenn auch die englischen Korrespondenten phantastische Kombinationen erwarten, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Auseinandersetzungen zwischen dem linken und rechten Flügel der Kuomintang keinesfalls beigelegt sind.

Die Abrüstungskommission. Ein deutscher Antrag.

SPD. Genf, 9. April.

Am Sonnabend stand in der Sitzung der Vorberedenden Abrüstungskommission der deutsche Antrag auf direkte Erlassung und Beschränkung des Kriegsmaterials zur Verhandlung. Die Begründung für diesen Antrag gab der deutsche Delegationsführer Graf Bernstorff. Die Delegierten der Vereinigten Staaten und Schwedens erklärten sich mit dem deutschen Antrag einverstanden, wobei der schwedische Delegierte einige Wünsche nach Vereinbarung der von Bernstorff beantragten Materialiste äußerte. Der japanische Redner erklärte sich gegen den deutschen Antrag; ebenso der belgische Delegierte und der Vertreter Südslawiens bzw. Rumäniens. Finnland und Holland äußerten sich für den deutschen Antrag.

Am Schluß der Debatte nahm Graf Bernstorff nochmals das Wort, um sein Bedauern darüber auszusprechen, daß der deutsche Antrag keine Aussicht auf Annahme hat. Er bedauert das um so mehr, als dieser Antrag nichts anderes verlangt, als der Artikel 8 der Völkerbundesfassung und sich ebenso auf den guten Glauben beruеt wie dieser Artikel.

Nun hat neben Amerika, England und Frankreich auch Deutschland die Genfer Abrüstungskommission mit einem Vorschlag bedacht. Der Graf Bernstorff, deutscher Demokrat, hat diesen Antrag in einer Rede vorgelegt, die zu dem stereotypen Ergebnis aller in Genf gehaltenen Vorträge führt: dies sei die einzige wahre Abrüstung. Frankreich bringt die These der „potentiellen Kriegsfähigkeit“, gewiß, ein glücklicher Gedanke, daß auch die möglichen Kräfte der Industrie usw. in die Abrüstung einbezogen werden sollen: wenn tatsächlich allüberall abgerüstet würde; ein gefährlicher Gedanke: wenn die These, so wie sie Paul-Boncour meisterlich vertritt, der eigenen Ausrüstung und der Abrüstung der „anderen“ dienen soll. England propagiert die Einbeziehung der Reserven in die abzurüstenden Bestände. Das ist gescheit, aber wiederum gefährlich, wenn diese These auf der andern Seite die englische Flottentüpfel unangestattet lassen will. Beschränkung des Kriegsmaterials: ein vernünftiges Wort des Grafen Bernstorff, ein leichtes, bequemes Wort, da Deutschland kein abzurüstendes Kriegsmaterial hat. Und abermals ein gefährliches Wort, wenn es, wie hier, vorgebracht wird als Gegenvortrag zu den vorgeschlagenen Beschränkungen der Heeres-

ausgabeii. Das Kriegsmaterial mögen — die andern beschränken: Herrn Gehlers famoser Wehrerat steht außerhalb der Abrüstung, das ist der Sinn des deutschen Vorschlags.

Frankreich und die Seearüstung.

WTB. Genf, 9. April.

Die französische Delegation gibt eine neue Fassung des Artikels ihres Konventionsentwurfes über die Frage der Begrenzung der Kriegsschiffe bekannt. In dieser neuen Fassung ist entsprechend der englischen Forderung außer der Begrenzung der Gesamttonnage auch die Begrenzung der Tonnage für Untergeschoße und für drei verschiedene Größenklassen der Kriegsschiffe vorgesehen. Nach dem französischen Vorschlag sollen aber innerhalb der Grenzen der Tonnage für die einzelnen Schiffsklassen Verschwendungen möglich sein für den Fall, daß sie reihzeitig beim Völkerkrieg angezeigt werden.

Da der Vorbereitungsausschuss am Montagvormittag wieder die Beratung der Begrenzung der Seesilfungen aufnimmt, wird angenommen, daß Paul-Boncour eine Verständigung über die Begrenzung der Kriegsschiffe auf Grund seines nunmehr formulierten Kompromißvorschages für möglich hält. Diese neue Komprimierung des französischen Entwurfes bedeutet eine nicht unbedeutliche Konzession an England. Red. d. L. B.

Überfall auf den russischen Konsul in Königsberg.

SPD. Königsberg, 11. April. (Radio.)

Von Nationalsozialisten wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf den russischen Konsul in Königsberg ein Überfall verübt. Der Konsul erhielt von hinten mehrere Stochsläge über den Kopf, die ihn zu Boden streckten. Außerdem erhielt er eine schwere Verletzung am Fuß und verstande sich die Hand. Die Polizei hat sofort die notwendigen Maßnahmen eingeleitet und mehr als 20 Nationalsozialisten verhaftet. Als Hauptbeschuldiger kommt ein in Russland geborener Deutscher, der Hauslehrer Boris Lohel, in Frage. Der Regierungspräsident in Königsberg und der Polizeipräsident statteten dem russischen Konsul noch am Sonntag Besuch ab und drückten ihm ihr Bedauern über den Vorfall aus.

Die Fronten sind aufgestellt. Der Wahlkampf in Deutschösterreich.

Von Dr. Otto Leichter (Wien).

Wien, 8. April 1927.

Die Fronten sind aufgestellt, der Wahlkampf tritt in sein letztes Stadium: in kaum drei Wochen ist das politische Schicksal Deutschösterreichs für die nächsten vier Jahre entschieden.

Mit außerordentlichem Elan, mit ungeheurer Wucht hat sich die Sozialdemokratie und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft und Angestelltenchaft, breite Massen der kleinen Bauern und Landarbeiter, auch weite Schichten der Kleingewerbetreibenden in den Städten in den Wahlkampf gestürzt. Während die Bürgerlichen bisher noch beinahe stumm geblieben, während sie bisher mit gar keinem Programm hervorgetreten sind, hat unsere Partei das ganze Land mit einem gewaltigen Werbeapparat überzututet und zunächst die ganze öffentliche Meinung für die Wahlparolen der Partei gewonnen. Die Frage des Mieterschutzes, der Kampf gegen das durch und durch bourgeois Steuersystem des Bundes, der Kampf gegen die Hochschulzollpläne der Regierung, das Ringen um die Infrastruktur und Verbesserung der jetzt von den Bürgerlichen verschlossenen Schein-Altersversicherung, der Kampf um die Fortsetzung der großartigen Aufbauarbeit der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien — all das hat sich infolge der Gewalt des sozialdemokratischen Angriffs ins öffentliche Bewußtsein eingepreßt, während die Bürgerlichen bisher durch ihre Baudertifikat zunächst in die Verteidigungsstellung gedrängt sind. In unzähligen Plakaten, in Lichtreklamen und vor allem in verschiedenen Filmen, die jetzt nicht nur in geschlossenen Kinos, sondern täglich von Tausenden in einem Freiluftkino auf einem großen Platz laufen, werden gewaltige Menschenmassen, die sonst unserer Agitation nicht zugänglich sind, auf das sozialdemokratische Programm aufmerksam gemacht.

Die Stimmung ist also für die Sozialdemokraten durchaus günstig. Die infame Heze, die die Christlichsozialen Anfang des Jahres gegen die Gemeindesteuern betrieben haben, ist in ihrer Wirkung längst verpufft und ganz Wien steht jetzt unter dem Eindruck des großen Investitionsprogramms, das die Gemeinde neu erlich vorgelegt hat. In den nächsten fünf Jahren sollen 30 000 neue Wohnungen gebaut werden, so daß es dann im ganzen 65 000 neue Wohnungen in Wien geben wird. Die städtischen Unternehmungen sollen mit Hilfe einer großen amerikanischen Anteile, die jetzt zu günstigen Bedingungen aufgenommen wird, ausgebaut werden: ein großzügiger Autobusverkehr soll die Wiener Verkehrsverhältnisse verbessern. Die soziale Fürsorge, die in Wien betrieben wird, soll in allen ihren Zweigen noch weiter ausgebaut werden, neue Tuberkuloseheime, neue Kinderheime sollen existieren, neue Auszahlungsstellen für Arbeitslose an Stelle der jetzigen unzulänglichen gebaut werden. Die Gemeinde wird das Wiener Gewerbe dadurch fördern, daß die ihm zu einem billigen Zins von fünfhundert Millionen (30 Millionen Mark) als Leihgeld zur Verfügung stellt. Im Gegensatz zu der Bundesregierung, die bisher überhaupt nichts getan hat, um den Export nach Russland zu fördern und die jetzt nur eine ganz unzulängliche Maßnahme zur Verstärkung der Ausfuhr nach Russland getroffen hat, wird die Gemeinde für den Export nach Russland eine Garantie bis zu tausend Milliarden (60 Millionen Mark) übernehmen. Daneben sieht das Gemeindeprogramm auch Steuerermäßigungen für die Kleinen vor; zum großen Teil sind schon in den letzten Wochen durch Änderungen in der Einreihung in die Gemeindesteuern Härten, soweit sie bestanden haben, beseitigt worden.

All dem wissen die Bürgerlichen bisher gar nichts entgegenzusetzen. Sie haben diesmal überhaupt kein Programm als den „Kampf gegen den Marxismus“. Keine Investitionen, keine neuen sozialen Maßnahmen, keine Änderung des unsozialen Steuersystems — nichts, aber auch gar nichts. Die Bürgerlichen haben den Wahlkampf bisher so ohne jede Idee geführt, daß man sich schon allgemein fragt, ob sie nicht noch irgendwelchen Schwindschlager unmittelbar vor den Wahlen aufstellen werden. Dabei sind sie auch in ihrer Agitation so launig, daß man sich schon allenthalben fragt, was denn die Bürgerlichen mit den reichen Mitteln, die ihnen zweifellos von der Industrie und den Banken zugelassen sind, gemacht haben.

Dazu kommt, daß die bürgerlichen Parteien in der Frage, die die Sozialdemokraten auch diesmal wieder in den Hintergrund des Wahlkamps gerückt haben, durchaus in der Hintergrund, ja in der Verteidigung sind: in der Frage des Mieterschutzes, der den größten Teil der Bevölkerung ununterbrochen aufs leidenschaftlichste erregt. Während wir nachweisen können, daß die Bürgerlichen in den letzten Jahren ununterbrochen Anschläge gegen den Mieterschutz unternommen haben, die nur durch die sozialdemokratische Opposition im Parlament abgewehrt werden konnten, während die Sozialdemokraten darauf hinweisen können, daß in Österreich schon heute etwa fünfzig Prozent des Goldinges gezahlt werden müssten — es werden jetzt nirgends mehr als höchstens zehn Prozent des Friedenszinses bezahlt! —, wenn die Vorschläge

der Bürgerlichen nicht von den Sozialdemokraten aus seiden-schaftlich bekämpft worden wären. Die Bürgerlichen wissen nicht anderes entgegen zu setzen als ein verlegenes Ge-stammel, daß sie gar keine Gegner des Mieterschutzes seien und daß es eine sozialdemokratische "Verleumdung" wäre, wenn man von ihnen sage, daß sie den Mieterschutz abbauen wollten. Aber die Städter sind schon klug genug, um zu erkennen, daß es sich hier um nichts anderes als um eine pumpe Wahlslüge der Christlichsozialen handelt.

Auf dem Land wirken die christlichsozialen Bank- und Korruptionskandale besonders stark nach. Die Bauern vergessen nicht so leicht, welch unerhörter Missbrauch von führenden Männern der Christlichsozialen Partei mit den Bauerneltern getrieben worden ist. Die unerhörte Vergen-dung von Staatsmitteln, die Schlebereien und Gaunerien der hervorragendsten bürgerlichen Politiker, die Spekulationen der Politikasse, eines staatlichen Instituts, das die Höflichkeit seiner Einlagen verloren hat — all das schwächt die Bürgerlichen in ihrer Wahlagitation. Und vor einer Woche ist der am schwersten kompromittierte Mann der Christlichsozialen, der früher Finanzminister Ahrer, der wegen all seiner Schweinereien nach Amerika „überstiegen“ musste, plötzlich für einige Tage zurückgekehrt, um die Zeit vor der Wahl zu benützen, sich noch einmal „Zehrgeld“ für seine Reise nach Amerika zu holen. Der Mann, der vor einigen Monaten, als man von ihm eine telegraphische Auskunft verlangte, geantwortet hatte, man solle ihm die Telegrammreisen schicken, da er nicht genügend Geld habe, der hat nun plötzlich eine teure Reise von Kuba nach Österreich riskiert, um nach einer Unterredung mit dem Bundeskanzler Seipels sofort wieder aus Österreich zu ver-schwinden. Was sich inzwischen abgespielt haben mag? Die Spione pfeifen es schon vom Dach, daß man wahrscheinlich einen sehr tiefen Griff in den Wahlsonds tun mußte, um den vor den Wahlen besonders lästigen Herrn möglichst rasch wieder zu seinen neuen Aufenthaltsort zurückzubringen: der strupplose Herr Ahrer hat offenbar mit Entlassungen über die Schweine-reien der anderen gedroht. . . Die Schlagkraft der Christlichsozialen ist durch diesen Zwischenfall nicht gerade gesteigert worden.

Es gibt nur zwei große Parteien in diesem Wahl-kampf: die Bourgeoisie und das Proletariat, die bürgerliche Einheitsliste, zu der sich der ganze bürgerliche Missmach zusammengeschlossen hat, und die Sozialdemokratie. Wenn auch die Tatsache, daß in Österreich das Zweiparteiensystem herrscht, nicht von gestern und vorgestern datiert, so treten doch die Bürgerlichen zum erstenmal als „antimarginalistische Einheitsfront“ vor die Wähler. Nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, ist die Anziehungskraft der Bürgerlichen durch diese Einheitsfront nicht gerade gewachsen. Es ist Seipels Bestreben, dessen einziger Gedanke in diesem Wahlkampf die Einheitsfront ist, alle bürgerlichen Gruppen unter seine Kutte zu bringen. Die Großdeutschen, die seit den letzten Jahren überhaupt kein politisches Eigenleben mehr haben, kandidieren an der Einheitsliste, weil sie sonst wahrscheinlich überhaupt kein Mandat mehr erhalten hätten. Ein paar bürgerliche Gruppen, die weder Führer noch eine Armee haben, haben sich entschlossen, auf der Einheitsliste zu kandi-dieren, aber ein paar andere Gruppen haben sich wieder der Einheitsfront nicht angeschlossen und so gibt es statt einer — sechs bürgerlichen Listen und dazu noch eine jüdisch-nationalen Partei. Dabei haben sich auf die Einheitsliste die wider-strebendsten Elemente gedrängt. Neben einem Vertreter des sogenannten liberalen Bürgertums, ein rassenaustrittsmissiger Haltenkreuzler, den man just in dem Wahlkreis aufgestellt hat, in dem verhältnismäßig die meisten Juden wohnen. Hat man also den für viele noch immer zugräftigen Namen „christlich-deutsch“ wegen der paar jüdischer Bourgeoisstimmen aufgegeben, so hat man es sich wieder durch die Haltenkreuzlerlandi-datur mit den Juden verschärft. Wollte man mit dem Haltenkreuzler die „Arier“ locken, so hat man durch das Buhnen um die jüdischen Stimmen wieder viele Deutschnationale und Nationalsozialisten abgeschreckt. Dazu kommt, daß auf dem Land eine deutschnationale Bauernpartei, der Landbund, außerhalb der Einheitsliste kandidiert und die Verbrossigkeit der Bauern über das christlichsoziale Regime und die Wirtschaftsleise ausnützt. Der Landbund kündigt große Hoffnungen auf den Wahlausgang und kandidiert auch in den Städten als radikale Hausherrenpartei.

Trotz alldem wäre es aber verfehlt, wenn man ernsthaft glauben wollte, die Bourgeoisie sei nicht im Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie zusammenge-schlossen. Das es so viele Listen und Listen gibt, das ist nur eine Nebenercheinung. Wichtig und entscheidend ist, daß noch nirgends die Bourgeoisie der verschiedensten Richtungen so charakterlos alle Prinzipien preisgegeben hat, um gegen ein immer stärker werdendes Proletariat anzukämpfen. Und darum ist es nicht nur für Deutschösterreich, sondern auch für das Deutschland des Bevölkerungsblods und darüber hinaus für die ganze Sozialistische Internationale bedeutungsvoll, daß der 24. April in Österreich einen Sieg der Sozialdemokratie und eine Niederlage der „antimarginalistischen Einheitsfront“ bringt.

Kein Ausführungsgebet zum Artikel 48?

Z. N. Berlin, 10. April.

Auf Veranlassung des Reichsministers Herrn Dr. v. Kneudell sind jetzt im Reichsministerium des Innern die Arbeiten für die Vorlage eines Schlüsseles über die Ausführung des Artikels 48 der Reichsverfassung endgültig eingestellt worden, nachdem bereits im November vergangenen Jahres der Referentenentwurf des Ministerialrats Hocke, der durch eine Indiskretion vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangt war, wenig Begeisterung hatte erwecken können.

Herr v. Kneudell persönlich hält, wenigstens nach seinen Aussprüchen zu schließen, die Einführung einer Vorlage zum Artikel 48 schon deswegen für überflüssig, weil ja gewissermaßen schon eine republikanische Tradition für die Handhabung des Ausnahmezustandes bestünde. Die Praxis des ersten Reichspräsidenten mache jede gesetzliche Regelung überflüssig.

Das Ehrengerichtsverfahren gegen Dr. Samter.

Gegen den kommunistischen Anwalt Dr. Arthur Samter war bekanntlich wegen seiner Zusammenstöße mit dem Senatspräsidenten Niedner vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik entstehen des Tschla-prozesses ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet worden. Die Verhandlung sollte am Freitag vor dem Ehrengerichtshof der Berliner Anwaltsammer stattfinden. Sie wurde jedoch überraschenderweise vertagt, weil eine Anzahl Zeugen nicht ordnungsmäßig vorgesaden worden waren.

Genosse Dr. David im Aufstand. Genosse David, der bisher als Vertreter der Reichsregierung bei der Hessischen Regierung in Darmstadt fungierte, wurde aus seinem Amt hin in den Aufstand versetzt.

Sacco und Vanzetti erneut verurteilt.

Protest der Sozialistischen Arbeiter-internationale.

WTB. Boston, 9. April.

Sacco und Vanzetti wurden heute vom Gericht erneut zum Tode verurteilt. Das Urteil soll in der am 10. Juli beginnenden Woche vollstreckt werden. Beide Angeklagten wurde gerichtet, eine leise Erklärung abzugeben. Beide sagten, sie seien unschuldig. Sacco fügte hinzu: Wir Unterdrückten versuchen, das Volk durch Bilder und Schriften zu erziehen, die Reichen aber verfolgt und tötet es. Deshalb stehe ich hier. Vanzetti war dem Richter vor, er sei voreingenommen gegen diejenigen, die das Verbrechen der Ausbeutung der Unterdrückten bekämpften.

*

Ueber die den beiden Verurteilten gut Post gelegten „Verbrechen“ berichtet die J. J. Sacco und Vanzetti wurden im Jahre 1920 wegen angeblichen Raubmordes an zwei Angestellten in Chicago festgenommen, und zwar gerade im Augenblick, als sie daran gingen, eine Protestkundgebung gegen die amerikanische Justiz zu organisieren, die ein höchst zweifelhaftes Verfahren gegen einen italienischen Arbeiter eingeleitet hatte. Es steht unzweifelhaft fest, daß die beiden ursprünglich nur aus politischen Gründen in Haft genommen wurden, und daß erst im Laufe des Verfahrens gegen sie die Anschuldigung des Raubmordes erhoben wurde. Als Zeugen wurden eine ganze Reihe überbeliebter Leute angeführt, von denen überdies ein Großteil offen zugab, falsche Aussagen gegen Sacco und Vanzetti gemacht zu haben.

Die ehrlich demokratische Presse der Vereinigten Staaten hat von allem Anfang an gegen das Verfahren protestiert, das sie als

„eine empörende Farce“ bezeichnete. Der vor kurzem verstorbene Führer der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten Eugen V. Debs erließ einen Aufruf zugunsten der beiden Verurteilten, in dem er die Arbeiterschaft aufforderte, in großen Massenversammlungen zugunsten der beiden unschuldig Verurteilten zu demonstrieren. Ein zur Verteidigung Saccos und Vanzettis gegegründetes Komitee, dem u. a. die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten und der Amerikanische Gewerkschaftsbund angehören, führt als Motto den Auspruch Debs: „Sacco und Vanzetti sind unschuldige Menschen. Sie dürfen nicht gemordet werden!“

Die Lage der beiden Arbeiter, die nunmehr seit 7 Jahren im Gefängnis sind, ist um so schlimmer, als von der italienischen Hochstiftsregierung eine Intervention zu ihren Gunsten nicht zu erwarten ist. Um so lauter muß daher die Stimme der internationalen Arbeiterschaft erklingen, um zu verhindern, daß an Sacco und Vanzetti aus politischen Gründen offenkundiger Justizmord erfolge.

*

(J. J.) Am 8. April 1927 ging folgendes Kabeltelegramm an den Gouverneur des Staates Massachusetts ab, der über das Schicksal Saccos und Vanzettis die Entscheidung hat:

„Sieben Millionen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale organisierte Arbeiter sind von der Unschuld Saccos und Vanzettis überzeugt. Ich fordere Sie auf, die Exekution nicht zuzulassen, die so tiefe das Gewissen der Menschheit verlegen würde.“

Senatos Louis de Broca ère,
Vorstand des Komitees für politische Gefangene der
Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Rußlands Schulden an Frankreich. Eine Erklärung Radowitski über die Einigung.

WTB. Paris, 10. April.

Sowjetbolschewist Radowitski erklärte einem Vertreter des Deuvere: Im vorigen Jahre hatten wir für die Verhandlungen, die wir mit Frankreich über die Schulden reguliert, einen Vertrag gefunden, einmal waren wir sogar zur Unterzeichnung bereit. Jetzt sind wir wiederum hinsichtlich der Durchschuldnahmen, die Russland jährlich leisten soll, einig geworden. Die Aussprache bezieht sich nur noch auf den Grundbegriff der Glassierung. Während die französische Delegation nur eine Durchschuldnahme annehmen will, daß die Zahlungen sofort nach der Unterzeichnung beginnen, verlangen wir Staffelung. Die Durchschuldnahmen, die wir angeboten haben, beträgt 60 Millionen Goldfrancs bei 62 Jahreszahlungen unter der Bedingung, daß wir zuerst 40 Millionen, dann 60 Millionen und schließlich 75 Millionen und mehr bezahlen. Unter diesen Umständen würden 25 Prozent der Nominalschuld zurückgezahlt werden. Radowitski, der zugab, daß, wenn auch die Frage der Bewilligung von Rentencrediten an Russland nicht formell mit der Frage der Schuldenregulierung verbunden worden sei, diese Fragen doch tatsächlich miteinander in Beziehungen stehen, erklärte schließlich Deutschland spielt in der russischen Wirtschaft eine zunehmende Rolle. (Dies Interview erledigte die amtlichen französischen Dementis zu den auch von uns wiedergegebenen Nachrichten, die eine Einigung in den russisch-französischen Schuldenverhandlungen mitteilten. Red. d. Z. V.)

sich die völlige Haltslosigkeit der Beschuldigung ergeben hätte. 73 Tage hatte Herr Schiepan im Stuttgarter Untersuchungsgefängnis gesessen.

Die Affäre Schiepan hat bereits mehrmals die französische Kammer beschäftigt. Am 21. Februar ließ Herr Poincaré eine kleine Anfrage des Deputierten Men dahan beantworten, daß der französische Konsul in Stuttgart Bericht erstattet habe, und daß die Regierung der französischen Republik weitere Schritte unternähme, um ihren Untertanen schnell aus der Haft zu befreien.

Dieser Tage hat, wie wir hören, der französische Botschafter in Berlin, Herr de Margerie, einen formellen Schritt beim Auswärtigen Amt unternommen und gefragt, was die Reichsregierung in dieser Angelegenheit zu tun gedenke, die mit der Freilassung Albert Schiepans keineswegs erledigt sei.

Schiepan hat übrigens bereits eine angemessene Entschädigung beantragt, die das Reich ohne Frage zu zahlen haben wird.

Bei dieser Gelegenheit darf wohl erneut die Frage aufgeworfen werden, ob die unerhörte Praxis des Reichsgerichts, die selber zwei Monate bedurft hat, um die Haltslosigkeit des so leichtfertig erhebenden Verdachts zu erkennen, in alle Ewigkeit fortgehen soll, oder ob sich nicht endlich das Auswärtige Amt dazu aufzutragen wird, im Interesse der deutschen Auslandsagentur diesen Unzug abzustellen.

Die Taktik der französischen Sozialisten.

SPD. Paris, 11. April. (Radio.)

Am Sonntag hat eine Sitzung der sozialistischen Seine-Föderation stattgefunden und im Hinblick auf den bevorstehenden, zu Ostern in Lyon stattfindenden Nationalkongress der Partei die Tendenz festgelegt, die in der Frage der allgemeinen Politik vertreten werden soll. Es wurde über mehrere Resolutionen abgestimmt, darunter zwei, die ein Zusammensehen mit den bürgerlichen Parteien unter gewissen Umständen als möglich ins Auge fassen und zwei radikale Resolutionen, die ein solches Zusammensehen unter allen Umständen verwerfen und demgegenüber ein Zusammensehen mit den Kommunisten unter gewissen Garantien vorstellen. Bei der Abstimmung entfielen auf die geprägten Resolutionen 1800, für die anderen Resolutionen stimmten ebenfalls 1800. Die Föderation wird also je sechs Delegierte für die gemäßigte und sechs für die radikale Tendenz auf den Parteitag entsenden.

Eine lebhafte Diskussion fand u. a. auch über den Entwurf Paul-Boncourts zur Verwendung der französischen Arme für den Kriegsfall statt. Ein Delegierter schlug vor, der sozialistischen Fraktion einen Tabell auszuprächen, weil sie für diesen Entwurf in der Kammer eingesetzt war, obwohl er in den Arbeiterkreisen starke Zustimmung hervorgerufen hat. Man beschloß, dem Kongress vorzuschlagen, einen kontradiktiven Parteitag einzuberufen, der diese Gesetzesvorlage genau prüfen soll.

Weder die Arbeit der Resolutionskommission noch die geplante Tagung hat auf dem Parteitag der Pariser Sozialisten eine Einigung bringen können. Die Zusammenfassung der Stimmen in dem Bericht des SPD. ist recht willkürlich gehalten. Es liegen von „rechts“ noch „links“ gegeben, vier Resolutionen vor: eine von Renaudel und Genossen, eine von Paul Faure und Genossen, eine von Jyromski, Bracke und Genossen und eine des „ultralinken“ Maury. Zwischen der Resolution Faure und Jyromski besteht eine größere Gemeinsamkeit der Tendenz als zwischen der Resolution Renaudel und Faure. Die Tendenz Jyromski-Bracke ist freilich nur im Pariser Bezirk so stark. Auf dem Parteitag von Lyon wird voraussichtlich die Resolution Faure — die Mehrheit erhalten.

WTB. Paris, 11. April.

Der städtische Bezirksverband der Sozialistischen Partei, der des Norddepartements, der gestern in Lille tagte, hat die Tagesordnung Paul Bracke angenommen, die vollständige Unabhängigkeit der Sozialistischen Partei gegenüber den Radikalen feststellt, jedoch eine lose Verbindung und eine Verständigung mit ihnen bei den Wahlen zusätzt. Das Hönde-departement hat sich auf einen ähnlichen Standpunkt geeinigt, ebenso das Departement de la Brie, so daß die Annahme berechtigt ist, daß diese Stellungnahme auf dem Parteikongress in Lyon eine starke Mehrheit erhält.

Noch keine Entscheidung in Thüringen.

Wetzlar, 9. April.

Der Landtag von Thüringen lehnte sowohl die sozialdemokratische Ministerliste als auch die (von Demokraten und Sparern vorgeschlagene) Liste mit Ministerialdirektor Toelle an der Spitze ab. Die kommunistische Fraktion stellte den Antrag, der Landtag solle sich auflösen.

Kein Abgeordnetenabbau in Braunschweig.

Der Braunschweigische Landtag lehnte den verfassungsändernden Gesetzentwurf ab, wonach der Landtag künftig aus 86 Abgeordneten statt wie bisher aus 48 Abgeordneten bestehen soll und Mitglieder des Staatsministeriums nicht zugleich Landtagsabgeordnete sein dürfen. Dagegen stimmten 28 Abgeordnete der Linken, dafür 20 der Rechten, 3 Abgeordnete fehlten.



Der Grinnende Rachechor.

Dobring auf der Antiopebank.

Die Geister der beiden erschossenen Matrosen schreien nach Vergeltung, und es hat einen tiefen Eindruck hinterlassen, als bei den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses am vergangenen Sonnabend der ebenfalls zum Tode verurteilte gewesene Matrose Weber Herrn Dobring die Photographien der Gründer Reichspost und Robes entgegenhielt. Herr Dobring hat nicht bestritten, den Angeklagten erklärte zu haben, er würde jederzeit bereit sein, die beiden Matrosen nochmals erschießen zu lassen. Und man brauchte nur diese Assistentenfigur im schlimmsten Sinne des Wortes einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen, um zu erkennen, was Welt's Kind dieser Kriegsgerichtsrat war und ist. Über keine Person haben wir bereits einige Mitteilungen gemacht, aber man muss diesen Mann während der mehrstündigen Verhandlungen beobachtet haben, um zu erkennen, wie sich die Verhandlungen von 1917 tatsächlich abgespielt haben dürften.

Dobring ist der Typ des Strebers, der unter allen Umständen eingeschwommen sucht. Nachdem er den Auftrag in der Tasche hatte, den Rebellen, die sich 1917 in der Marine ereigneten, nachzugehen, stand für ihn positiv fest, irgend etwas konstruieren zu müssen. Er hat den Matrosen, die im Alter von 20 bis 22 Jahren vor seinem Tische standen und sich der Tragweite ihrer Aussagen nach seiner Richtung hin bewusst sein konnten, allerlei Begriffe und Formulierungen in den Mund gelegt, die gänzlich als ein politisches Aktionsprogramm gewertet wurden. Und dieses Programm identifizierte er mit dem Programm der USP, von dem er frei und offen zugestanden, es überhaupt nicht gekannt zu haben. So unterschied er einmal den angeklagten Matrosen, dann aber dem Programm der USP, den Krieg unter Anwendung von Gewalt beendigen zu wollen. Auch während des Münchner Dolchstossprozesses hat er derartige Behauptungen noch aufgestellt, und als ihm das Mitglied des Untersuchungsausschusses, der Demokrat Bergsträßer, in die Enge trieb, als er gefragt wurde, ob er eine Kolonialen, ein Zusammensetzen zwischen dem bewusst konstruierten Programm der Matrosen und den Aussagen Dittmanns angenommen habe, erklärte er freizügig: "So nahm ich's an."

Der Herr Kriegsgerichtsrat hat also eine willkürliche Konstruktion vorgenommen und ohne weiteres unterstellt, dass das auch die Auffassung der USP sei müsse. Dabei war die Bewertung der unabhängigen Sozialisten fernerwegs illegal. Wenn das Programm der USP, das er mit dem der Matrosen identifizierte, legal gewesen ist, dann ist die Beurteilung der Matrosen ein noch viel schrecklicheres Urteil, als bisher angenommen wurde. Daraufhin bestätigt, erklärte Dobring einigermaßen bedängt: "Ich glaube, dass Sie von mir ein Gutachten wollen, das gehört nicht zu einem Zeugnis."

So suchte sich der mit allen Wassern gewaschene Jurist aus brenzligen Situationen herauszustechen. Der Untersuchungsausschuss indes wird das Urteil über all diese Zusammenhänge zu fällen haben, und wir glauben nicht, dass Dr. Dobring dabei allzu vorbehaltlos abschneiden wird.

Dobring ist ein Mann mit ausgeprägter Arroganz. Man muss diesen Typ Georg Groß' beobachten haben, wie er verächtlich den Mund verzog, wie er die als Ankläger austretenden Matrosen figurierte, um zu erkennen, wie erhaben und mitleidlos er sich 1917 den angeklagten Matrosen gegenüber verhalten haben mag. Dazu der Scherz des Strebers, unter allen Umständen hochzulernen. Der klasse Beweis dafür war der Brief, den Dittmann zu verlesen vermochte und der nicht mehr und nicht weniger als eine Anstellung als Ministerialrat unter Seizing zum Ziel hatte. Allen denen, die ihm befürchtlich kein wollten, hattet er bereits vorher bestimmte Versprechungen gemacht. Dieser Mann wollte das Schlechtertum ausrotten. Vielleicht in dem Sinne, wie sich in anderer Weise die Knoll, Kuhmann und andere befürchtet haben. Die A. A. berichten über einen neuen Vorfall aus den Jahren 1918 und 1920, bei dem Herr Dobring als Staatsanwalt eine höchst honbare Rolle spielt. Damals war ihm als besonderer Beratermann des Innenministeriums ein Leutnant Portzner unterstellt. Beide versuchten die Waffenschleifer herauszulösen. Zu diesem Zweck wurden agents provocateurs angezeigt. Aber nicht genug damit. Sie verstanden es, von einer bekannten Berliner Bankfirma die Ausstellung von fiktiven Attreditten zu erreichen, um so die Verläufe zur arglosen Herausgabe der Waffen zu veranlassen. Dicht wurden sodann beschlagen. Auf diese Weise wurden ferner Dutzende der Staatsanwaltschaft ans Messer geliefert und außerdem hat das Berliner Bankinstitut einen Schaden zu verzeichnen gehabt, der vorläufig auf 450 000 Goldmark beziffert wird. Typisch war auch Dobrings Verhalten gegenüber den Protokollanten, die während der Vernehmung der Matrosen 1917 mitgewirkt haben. Der gestrenge Herr hat nicht bestritten, dass er den Leuten Versprechungen mache, um ihnen für den Fall eventueller Vernehmungen, das Gedächtnis zu stärken.

Wie ganz anders war die Rolle, die die drei zum Tode verurteilten Matrosen spielten. Dabei unterscheiden sich Weber und Benders grundsätzlich von der Art und dem Wesen Sachses. Benders noch Weber gehören heute einer der Arbeitsparteien an. Benders ist Individual-Monarchist. Beide aber verfügen über eine ihre Kreise weit überzeugende Intelligenz. Sie haben sich in dem Kreuzen der Verhörs nicht in die Enge treiben lassen und immerfort erklärt, dass sie nicht zurücktreuen würden, die 1917 verübten Taten zu wiederholen, sobald sie in die gleiche Situation versetzt werden würden. Sie haben ihre Aussagen nicht nur und ohne jede Pathos gemacht und damit unterschieden sie sich grundsätzlich von ihrem früheren Mitangeklagten Sachse.

Dieser ist aus der Leipziger Jugendbewegung hervorgegangen, wo er freilich, wie uns mitgeteilt wird, keine besonders herausfordernde Rolle spielte. Von einem der Zeugen wurde er als Phantast bezeichnet, und diese Charakteristik ist im Verlaufe der Vernehmungen vollauf bestätigt worden. Wir haben aus dem Munde Sachses wenigstens drei Versionen über die Entstehung der Marine-Revolten gehört. Bei seiner ersten Aussage erklärte er, dass bereits 1915 eine politische Organisation in der Marine vorhanden gewesen sei. Man habe von der Detadens-Lösung 5, später 8 bis 10 Pfennig als Beitrag abgeführt. Zunächst hatte er allerlei dunkle Andeutungen gemacht, dass die Bewegung mit den linken Gruppen der damaligen Arbeiterbewegung in Verbindung gestanden habe. Wer dabei in Frage kam, darüber hat er die Aussage verworfen. Er ist wegen eines Buches über die Marine-Revolten, das unter dem Namen "Antikautus" vertrieben, sofort aber verboten wurde, von dem Reichsgericht angeklagt. Aus diesem Grunde, erklärte er, müsse er seine Aussagen einschränken.

Im Gesicht Dobrings hat Sachse am Sonnabend wieder zwei Reden gehalten, aus denen etwas ganz anderes zu entnehmen war. Tatsächlich erklärte er in seiner zweiten Rede, dass die politischen Gruppen, von denen er zuerst gesprochen habe, nichts anderes waren, als lose Verbündete, die unter den Landsmannschaften bestanden hätten, so wie das auch im Feldheere üblich war. Zuletzt steht fest, dass diese Bewegung von keiner der damaligen Strömungen in der Arbeiterbewegung grundlegend beeinflusst wurde, dass es sich um ein chaotisches Durcheinander handelte, dem erst die Kämpfe um die Verpflegung ein einigermaßen konkretes Ziel stellten.

In vollkommenem Widerspruch zu der heutigen Pathos-Sachse steht sein Verhalten vor dem Untersuchungsrat Dobring. Sachse hat die Aussagen Dobrings nicht zu entkräften vermocht, die dahin gingen, dass auf Veranlassung Sachses der Herd der Bewegung ausgerückt zu werden vermochte. Sachse ist damals wie sowohl immer außerordentlich geschwätzig gewesen, und man mag die Dinge betrachten wie man will, die Tatsache steht positiv fest, dass auf Antrag Sachses unter einem bestimmten Befehl in einem der Holzräume jene Liste gefunden wurde, die dann bei allen Vernehmungen und Verhandlungen eine ausschlaggebende

Aus Nah und Fern.

Damen der Gesellschaft.

Auf die Gefahr hin, dass Herr Küll mit seinem demokratischen Sittenwächtern Dr. Henz und Gertrud Bömer Krämpfe kriegen, äußerten wie folgenden Bericht eines Lesers der Münchner Post:

"Ich habe bei einem einwandfreien, angesehenen Photgraphen zu warten und betrachte an den Wänden hängende und in Mappen zum Betrachten ausliegende Vitrinsbilder. Dabei fällt auf, dass ein teils wegs unverhüllter Prinzessin Nachtaufnahmen von Frauen darstellen. Sie befinden sich neben und zwischen den Photos hochgestellter Staatsbeamter, und dieser Umstand wird hier willkürlich nur erwähnt, um die Solidität und den Ruf des Geschäfts zu unterstützen. Auf meine Neugierde des Erstaunens, dass solche Aufnahmen in die Nachbarschaft von Bildern seriöser Männer und Frauen — es ist grotesk, aber man muss hier schon hinzuschreiben: die Liebster — gelangen, erwidert der Photgraph: 'Bitte, diese Aufnahmen stellen Frauen der Gesellschaft dar. Ich habe mich selbst gewundert, wie besonders in der Weihnachtszeit (!) eine Anzahl Damen "Altkinder" von sich machen ließ, um sie ihren Männern, Freunden usw. zu schenken.' Ich konnte es mir nicht versagen, den Geschäftsführern zu fragen: 'Kennen Sie denn von seitens Ihrer Kunden keine Unannehmlichkeiten haben, wenn Sie solche Bilder dem Anblick aller Besucher Ihres Ateliers aussehen?' Da gibt mit der Mann die Auflösung: 'Glauben Sie doch nicht, dass ich solche Bedenken nicht hätte! Die Sache istauer die, dass jene Damen höchstwahrscheinlich darum bestellt, in die ausliegende Ansichtskarte trocken Abreis zu bekommen...'"

Schau, schau, — Damen der Gesellschaft! Auf sie war die offizielle Verhüllungskampagne unserer zartbeleibten Republik nicht gezielt. Vielleicht wird's noch nachgeholt?

König Josef von Polen.

Dr. Im Dorfe Oluga Koscielna tauchte vor einiger Zeit ein Fremder auf, der den Bauern erklärte, dass er aus dem alten polnischen Königshaus stamme und ein Anrecht auf die polnische Krone habe. Er bestätigte dies nicht nur durch phantastische Reden, die auf die unwissenden Bauern einen großen Eindruck machten, sondern er wies auch geheimnisvoll und für die Bauern wahrscheinlich unlesbare Dokumente vor, die mit mächtigen Siegeln ausgestattet waren. Das Ende dieser Agitation für die Monarchie war, dass die Bauernschaft von Oluga, "dem König Josef von Polen" huldigte und ihn als ihren Herrscher anerkante. Die erste Regierungshandlung des Königs bestand in der Bildung einer Leibgarde, die er aus den Bauernsöhnen von Oluga bildete. Dann erklärte er seinen Untertanen, dass ein König nur in einem Palast residieren könnte, worauf die Bauern ohne weiteres das beim Dorf gelegene Schloss des Gutsbesitzers Medowicz, der gerade abwesend war, für ihren König Josef belegten und ihm zur Verfügung stellten. Gerade am Sonntagabend Pilgerfest fand in Oluga die Krönung des Königs Josef statt, ohne dass man in Warschau von dieser Veränderung der

polnischen Staatsform irgend etwas ahnte. Nur der Baron Mielesiewicz hatte durch seinen Verwalter von dem Treiben Joles erfahren und kehrte sich, sein Schloss zurückzuerufen. Das bloße Erkennen des Gutsbesitzers genügte, um die gesamte "Leibgarde" in die Flucht zu schlagen. "König Josef" wurde von der Polizei abgeführt und wird nun entweder im Gefängnis oder im Herrenhaus seine Residenz finden.

Der Prozess um das abgeschlagene Bein.

III. Wien, 9. April.
Im Prozess gegen den Techniker Marek und dessen Ehefrau ist heute das Urteil gefällt worden. Emil Marek war bekanntlich beschuldigt worden, sich selbst ein Bein abgehackt zu haben, um in die Beihilfe einer großen Versicherungssumme zu gelangen. Das Gericht erklärte Marek nur wegen Verleumdung und Verleistung zur falschen Zeugenauslage für schuldig, ebenso seine Frau. Von allen übrigen Punkten der Anklage wurde das Ehepaar Marek freigesprochen. Emil Marek erhielt vier Monate, Frau Marek drei Monate schwere Arresthaft. Die Untersuchungshaft wird in die Strafe eingerechnet. Die Angeklagten wurden auf freien Fuß gesetzt.

Massenmörder vor Gericht.

Dem lettischen Massenmörder Kaupen und seinen Mordgesellen konnten vor dem Kriegsgericht in Mitau außer zahlreichen Raubüberfällen 19 Raubmorde nachgewiesen werden. Kaupen und sein Helfershelfer Pawlow wurden zum Tode durch den Strang verurteilt, der dritte im Bunde, Waldodje, erhielt lebenslängliche Zwangsarbeit, die übrigen Angeklagten langjährige Gefängnisstrafen.

Bon einer einstürzenden Mauer erschlagen. Bei der Niedrigung der Umfassungsmauer einer im vorigen Jahre niedergebrannten Wirtschaft in Heiligenhaus (Rheinland) stürzte eine 10 Meter lange Giebelwand ein. Zwei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, ihre Leichen wurden geborgen.

Beim Umzug einer Tischlerei in Neustettin brach bei dem Transport einer 15 Zentner schweren Maschine die Treppe zusammen. Ein Tischler wurde von der Maschine erschlagen, acht andere Arbeiter erlitten beim Sturz in die Tiefe schwere Verletzungen.

Nicht Todessopfer einer Kesseldampfexplosion. Wie aus Baku gemeldet wird, sind dort einer Kesseldampfexplosion 8 Arbeiter zum Opfer gefallen. 11 weitere Arbeiter wurden verwundet.

23 Todesopfer einer Überschwemmung. Wie aus Kansas City (Nordamerika) berichtet wird, hat die Überschwemmung des Washita-Flusses bereits 23 Todesopfer gefordert.

In den Kohlenbergwerken bei Hainaut (Belgien) stürzte ein Fördergerüst zusammen. Vier Arbeiter, die am Werkstättenturm waren, stürzten aus einer Höhe von 200 Meter ins Grundwasser. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Einen einstürzenden Mauer erschlagen. Bei der Niedrigung der Umfassungsmauer einer im vorigen Jahre niedergebrannten Wirtschaft in Heiligenhaus (Rheinland) stürzte eine 10 Meter lange Giebelwand ein. Zwei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, ihre Leichen wurden geborgen.

Bon einer einstürzenden Mauer erschlagen. Bei der Niedrigung der Umfassungsmauer einer im vorigen Jahre niedergebrannten Wirtschaft in Heiligenhaus (Rheinland) stürzte eine 10 Meter lange Giebelwand ein. Zwei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, ihre Leichen wurden geborgen.

Der neugewählte Präsident der lettischen Republik. Am 8. April den Eid auf die Verfassung geleistet und sein Amt angegetreten. Die Kandidatur Semgal wurde ausgewählt, nachdem die anfänglich vom Zentrum vorgeschlagene Kandidatur Samuels von den Minderheiten (Deutsche, Russen, Juden) abgeschlagen worden war. Der neue Präsident, der früher den Posten des Kriegsministers innegehabt hat, gehört zu den bekanntesten Politikern Lettlands. Er war es auch, der am 18. November 1918 als Vizepräsident des lettischen Volksrates die Erklärung der Unabhängigkeit Lettlands verfasste.

Der neugewählte Präsident der lettischen Republik. Am 8. April den Eid auf die Verfassung geleistet und sein Amt angegetreten. Die Kandidatur Semgal wurde ausgewählt, nachdem die anfänglich vom Zentrum vorgeschlagene Kandidatur Samuels von den Minderheiten (Deutsche, Russen, Juden) abgeschlagen worden war. Der neue Präsident, der früher den Posten des Kriegsministers innegehabt hat, gehört zu den bekanntesten Politikern Lettlands. Er war es auch, der am 18. November 1918 als Vizepräsident des lettischen Volksrates die Erklärung der Unabhängigkeit Lettlands verfasste.

Der weiße Terror in Litauen.

Aus Kowno wird dem Soj. Presseditrich geschrieben: Die Juden in Litauen sind geradezu himmelreichend. Releges und Feldgerichte, Todes- und Zugshausstrafen, politische Junten und Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Ein unverbürteter Textor beherrschte das ganze Land; ihm fallen Schuldige wie Ulrich zum Opfer. Allein 60 Sozialdemokraten und Volkssozialisten schmachten seit dem letzten Antritt hinter Gittern; sie selbst wissen nicht einmal, was sie "verbogen" haben. Die Machthaber aber halten sich öffentlich Anklage zu erheben. Auch dem Konzentrationslager in Warza werden täglich neue Insassen zugeführt, die politisch verdächtig sind. Der Verdacht allein genügt, um Arbeiter und Angestellte ihrer Freiheit zu beraubten. Dem Spiegelum ist Töt und Tot geblieben.

Die Lage der Regierung ist unter diesen Umständen keineswegs rosig. Die Macht im Lande ist im Volke wässig und nur durch drafonische Maßnahmen und Drohungen vermögt sich das gegenwärtige Kabinett noch zu behaupten. Die Minderheiten als das Zünglein an der Waage im Parlament sind so eingeschüchtert, dass sie kaum versuchen, gegen die Machthaber irgend etwas zu sagen oder gar zu unternehmen.

*

III. Kowno, 10. April.
In der letzten Stadtverordnetenversammlung teilte der Bürgermeister mit, dass zwei sozialdemokratische Stadtverordnete verhaftet werden sollten. Der eine der Verhafteten soll vor ein Kriegsgericht gestellt, der andere nach dem Sommerlager gebracht werden. Die Versammlung beschloss, zur Freilassung der Verhafteten Schritte zu unternehmen.

Protest der SWJ.

Das Sekretariat der SWJ hat folgendes Telegramm abgefaxt:
Ministerpräsident Woldemar, Kowno.

Das erweiterte Bureau der Sozialistischen Arbeiterinternationale beschloss in seiner vorher Erhaltung einstimmig, schwärfsten Protest gegen die Schande der Kriegsgerichtsbarkeit und die schändliche Verleumdung von Todesurteilen in Litauen.

Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Adler.

Die gefälschten Mexiko-Noten.

III. New York, 8. April.
Die gefälschten amerikanischen Mexikonenoten (über die die P. B. vom 29. März berichtet) haben jetzt ihre Aufklärung gefunden. Vor einigen Wochen sind dem Staatsdepartement in Washington 300 Geheimpapiere von unbekannten Tätern gestohlen worden. Von diesen sind einige gefälscht und dem mexikanischen Präsidenten Calles zugeleitet worden. Aus den Fälschungen müsste der mexikanische Präsident bestätigt haben, dass Amerika auf einen Abruch der Beziehungen zu Mexiko drängen würde. Tatsächlich hatten die falschen Noten nicht unweiglich die Spannung zwischen Mexiko und Amerika erhöht. Das zeigte der damalige Notenwechsel. Nach Aufklärung der Fälschungen trat eine wesentliche Entspannung in den Beziehungen der beiden Staaten ein.

Russische Maßnahmen gegen die Schnapspest.

Zweds Einschränkung des Genusses von Spirituosen ist nach dem Demokratischen Zeitungsdienst vom Rat der Volkskommissare ein Dekret erlassen worden. Verboten wird der Verkauf von Spirituosen an Unmündige und Betrunken; ebenso darf an den Blüten der Theater, Kinos und Klubs und sonstigen Kulturzwecken dienenden Stätten kein Alkohol in Form von Spirituosen verabfolgt werden. Desgleichen ist der Verkauf an Geschäften sowie auch an den Vortagen von diesen nicht gestattet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Hugo in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Hugo Seppi und in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.
Unser heutiger Auslage liegt für die Abonnenten von Schönefeld ein Prospekt der Firma Schönhau G. Becker bei.
Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Neues Theater.

Stuguindspiel Dienstag 21.4.10
Montag, den 11. April 1927

Öffentliche Vorstellung

gleichzeitig Vorstellung für die Vereine Deutsches Männer
Theater und Maria Sulla vom Stadttheater Hamburg

Intermezzo

Eine Bürgerliche Komödie mit Romanzen von Rido Graus
Wohltätige Leitung Gustav Bechler

Die Szene gesetzt von Walter Schumann

Verlegerin: Charlotte (*); Der Heine
Kraut; Ihr Sohn (P. Helt); Kaufmännischer
Robert Storch; ihr Mann (Max Gräber); Anna;
die Ammerländerin (E. Götsch-Tornburg); Baron
Pummer (Hans Lissmann); Der Notar (Emil Herter-
ling); Helga (G. Wostallens-Mitter); Ein Kapellmeister;
Ein Kommerzienrat; Ein Dichter; Ein
Reicher; O. Löwes; O. Solyomov; S. Müller;
Studenten; Schauspieler; Kinder; der Dozent
Hoffmann; M. Bündner; O. Weiß; Ein
junges Mädchen (S. Kleist)

Die Handlung spielt teilweise am Grundstück, teils
im Atelier

Maria Sulla

Haufe nach dem 1. Aufzug

Endlich 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr, Ende 8½ Uhr

Stelle der Klasse 90 Pfg. bis 2½ Mk.

Dienstag, den 12. April: 15. Bürgertags-Vor-
stellung (5. Abteilung 80 Pfg.)

Mittwoch, den 13. April: 16. Bürgertags-Vor-
stellung (5. Abteilung gold) Maria Sulla Anfang 7½ Uhr

Montag, den 19. April

(2. Abteilung)

Gastspiel Stein Schneider-Dresden

,,Tosca“

Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. 21.4. 7. Wieberg, Tel. 10657/3211
Dienstag, den 11. April 1927, 20 Uhr

Gastspiel Albert Wallermann

Stein unter Steinen

Gastspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann

Die Szene gesetzt von Bernhard Alldenhain

Verlegerin: Jarmo; Steinmetzmästerei (J. Mögel);

Marie, kleine Tochter (P. Mögel); Frau Sommer;

Wittighäuser (H. Jäger); Klemme (A. Klemme);

Bauherr auf dem Berghang (A. Brauneck); Vor-
seine Tochter (P. Langfelder); Personen, deren
Kind (A. Schröder); Bäuerin (A. Paulus);

Göttinger, Steinmeyer (P. A. Höst); Jatos Siegler

(*); Klemmer, Arbeitsamtkommissar (Wib
Stranek); Arbeiter: Rohmann (Artur Walther);

Sprengel (C. Baulhofer); Gräwe (P. Wittenhoff);

Gottschalk, Steinmeyer (J. Richter)

Bildhauer, Gleimneyen, Arbeiter, Frauen und
Kinder

Jatos Siegler - Albert Wallermann

Der Ort der Handlung: Berlin

Zeit der Handlung: Die Gegenwart

Zwischen dem ersten und zweiten Akt liegen drei

Wochen, zwischen den folgenden Alten liegt je

ein Tag

Große Pause nach dem 2. Akt

Endlich 10½ Uhr, Anfang 10½ Uhr, Ende 12½ Uhr

Dienstag, den 12. April, 20 Uhr: Wallermann

Gastspiel: Der einfacheweg

Mittwoch, den 13. April, 20 Uhr: Gastspiel

und Ehe Wallermann: Die Witwe

Theater Battenberg

Anfang 8 Uhr. Tel. 27829.

Die schöne Holländerin.

Volkstück in 4 Akten von Anno.

Morgen: **Die schöne Holländerin**

**S. Seidel-Sänger
S. S. Singspiele**

Thomaskirchhof 16
Fällig abends 8 Uhr:

Seidel-Sänger

Nie wurde so gelacht:
Der Gipfel der Komik
sind: „Die Parolen der Kompanie“.
Ein wunderschönes Singspiel:
„Der deutsche Wald“.

Balihaus
Schillerschlößchen
L.-Gohlis, Menckestra. 43
Straßenb. 6, 7, 9, 12, 20 Fernr. 50378

Heute ab 7 Uhr

Großer Damenball

Hauke-Tanzsportorchester mit Rudi Hermi,
der großen Stimmungs-Kanone
Da ist Betrieb!

Weißewand

Heute bis Mittwoch
ab 5 Uhr:

**Herbst-
Manöver**

Ernstes und Heiteres aus dem
Leben der Schlachtenbummler
7 wunderbare Akte 7
sowie das weitere
erstklassige Programm.

Bedeutend verstärktes Orchester.

Leitung:

Kapellmeister Wilhelm Henschler.

Anfangszeiten: 5, 7 und 9 Uhr

Montag, den 11. April 1927

Der Fall China.

Feindliche Sache mit den Chinesen:
Sind doch immer so zähm gewesen,
Haben sich so brav gehabt.
Und kein bisschen aufgemacht,
Wenn man ihnen ins Gesicht gespuckt!
Wer freilich, es mußte so kommen:
Der Weltkrieg hat sie verborben;
Er hat das Volk gleich für voll genommen --
Zoß ist alle Chinesen entzweit;
Aber Respekt vor Zivilisation,
Der wohler Kulturreaktion Kulturmission
Ist mit den Söhnen und andern Söhnen davongetrieben.
Diese Kerle bilden sich weich Gott ein,
Eine eigene, daschinsberigigie Firma zu sein.
Unerschöpft von diesen Tröpfchen:
Sie wollen selbst den Rahmen abdrücken
Von der Macht ihrer eigenen häuslichen Ruß --
Was sagt die weiße Kulturwelt dazu?
Wir sind ja immer für Fortschritt und Freiheit gewesen,
Aber das galt doch für uns und nicht für Chinesen!
Unsre Parole: Ordnung muß sein:
Was mein ist, behalte ich, und was dein ist, ist mein.
Es wird mehrheitlich nichts übrigbleiben,
Um den Geldern die Hände zu vertreiben,
Als die militärische Exekution,
Sie wissen schon: eine Operation
Im Haupt und Gliedern, an Hien und Herz,
Ein holländischer Angriff mit der Schärfe des G.W.
Kommt der Weltkrieg auch nicht davon --
Der kluge Kärtz kriegt doch den Lohn:
Er nimmt ihn sich schon.

Musik Busti.

Der Bezirksparteitag Groß-Berlin.
Allerlei beachtenswerte Beschlüsse.

SPD. Berlin, 11. April. (Radio.)

Am Sonntag tagte in Berlin im Herrenhaus ein von mehr als 400 Mitgliedern besuchter Bezirksparteitag der SPD. Die Debatte über die Berichte der Sekretäre wurde in den sachlichsten Formen geführt. Als Vorsitzender wurde durch Zusatz der Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Alinster wieder gewählt.

Von den 71 Anträgen wurde eine ganze Reihe angenommen, bzw. dem Parteivorstand, der Reichstagsfraktion oder dem Berliner Bezirksparteitag als Material überreicht. Bemerkenswert ist u. a. der Antrag, den Berliner Bezirksparteitag unverzüglich mit geeigneten Schritten zur Schaffung eines Berliner Parteidatums neben dem Vorwärts zu beauftragen. Eine ganze Reihe ähnlicher Anträge bezweckte das gleiche Ziel. Als Vertreter des Parteivorstandes standen sich die Genossen Bartels und Grisebach gegen diese Maßnahmen. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einführung einer Monatschrift für alle Mitglieder, und zwar soll diese Zeitschrift kostenfrei geliefert werden. Von den angenommenen Anträgen zum Parteitag in Kiel ist u. a. die Förderung erwähnenswert, in Zukunft alle Namen der bei wichtigen namentlichen Abstimmungen im Reichstag und im preußischen Landtag teilnehmenden sozialdemokratischen Abgeordneten ihresgleichen zu veröffentlichen. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einführung einer Monatschrift für alle Mitglieder, und zwar soll diese Zeitschrift kostenfrei geliefert werden. Von den angenommenen Anträgen zum Parteitag in Kiel ist u. a. die Förderung erwähnenswert, in Zukunft alle Namen der bei wichtigen namentlichen Abstimmungen im Reichstag und im preußischen Landtag teilnehmenden sozialdemokratischen Abgeordneten ihresgleichen zu veröffentlichen. Ein ähnlicher Antrag wurde auch in Bezug auf die Stadtverordneten von Berlin angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, der den Reichstagsabgeordneten, die sich bei der Abstimmung zum Sturz der Regierung Marx der Stimme enthalten haben, das Misstrauen auspricht. Die Abstimmung erfolgte unter der Begründung, daß keinerzeit auch die Abgeordneten von Berlin sich bei der Abstimmung über die Ernennungsgesetzgebung aus gewissen Konflikten enthielten.

Schließlich ist noch ein Antrag erwähnenswert, der darauf hinweist, daß das Zentrum keinen inneren Wesen und seinem Ziel noch nur ordentlich politisch treibe und treiben könne. Das habe vor allem die leite Regierungsbildung im Reich bewiesen. Es verblieb also zur Durchsetzung der kulturstiftenden Hordenungen wie immer gegen die eigenen Arbeitervälder wie gegen die gesamte schaffende Masse der Bodenlager. Wörtlich heißt es dann:

"Sonst ließen Kampfansage des Zentrums im Reiche dünnen auch Rückstufen auf die Koalition in Preußen nicht vorhindern, offen und klar die arbeitersozialistische Politik dieser Partei zu kennzeichnen."

Der Führer der preußischen Landtagsfraktion, Genosse Heilmann, stimmte dem Antrag zu. Gegen diesen angenommenen und für den Parteitag bestimmten Antrag, Vormerkt sei dann noch ein Antrag, der den Parteivorstand erlaubt, gegen die Mitglieder, die sich durch literarische Arbeit an dem Organ der sozialdemokratischen Partei beteiligen, einzuzögeln. Solche Genossen sollen nach einem weiteren Beschuß als Referenten der Partei im Bezirksparteitag Berlin nicht mehr tätig sein.

Rundgebung gegen die tschechoslowakische Reaktion.

J. B. Am Sonntag tagte in Prag ein gewaltiger und bisher einzigartiger Kongress. Über 1000 Delegierte der vier größten Gewerkschaftsverbände, nämlich der öffentlichen Diensteszentrale, die aus der Prager und Reichenberger Gewerkschaftskommission besteht und rund 500 000 Mitglieder umfaßt, die tschechisch-nationalsozialistische Arbeiterschaften mit rund 300 000 Mitgliedern und der kommunistischen Allgemeinen Gewerkschaftsverbands mit rund 200 000 Mitgliedern erhaben auf einer gemeinsamen Tagung ihre Stimme gegen die von der Bürger-Blockregierung beabsichtigte Verstärkung der Tschechoslowakischen Republik. Die Genossen Tomanek und Štokler erheben namens der deutschen und tschechischen Industriegewerkschaften schwere Klage gegen die organisierten Arbeiter und Angehörigen schwere Klage gegen die Bürgerliche Reaktion, die den Arbeitern aus den sozialen Schutz nehmen will. Man will heute sogar die Gewerkschaften übergehen, aber es werden Zeiten kommen, wo man froh sein wird, wenn die Gewerkschaften mit den Herrn reden werden.

Gemeinsam wurde eine Rundgebung erstellen, wonit die sozialistische Willkür des Staates festgelegt wird, den alten, arbeitsunfähigen Arbeitern eine Lebensmöglichkeit zu geben. Es wurden jedoch gefordert: die Selbstverwaltung in allen Instituten der Verwaltung, die Durchführung der Wahlen in die Vorstände der Krankenkassen, Verbesserung der Krankenunterstützung, Einführung erhöhter Lohnklassen, um der vorhandenen Unterwerfung zu steuern, Durchsetzung des Alters für den Beginn der Altersrente von 65 auf 60 Jahre, Reformierung der Arbeitsunfallversicherung, Verbesserung der Rentenversicherung der Angestellten, Beibehaltung der Bruderladenversicherung für die Bergarbeiter und Sicherstellung der bisher erworbenen Rechte der Bergarbeiter.

Diese Stimme von mehr als einer Million gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten wird nicht ungehört verhallen dürfen. Allerdings wird es zur Durchsetzung der Forderungen eines Zusammensetzung einer Säkularisierung der Gewerkschaften, die nur durch die vollständige Vereinigung aller Kräfte und ein Aufgeben der Sonderorganisationen möglich ist.

Dobring und die Matrosen.

Wie der Gerichtsrat "Programme" konstruierte.

Berlin, 9. April.
Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses beschäftigte man sich mit dem angeblichen Programm der Matrosen:

Abg. Dittmann: Der Zeuge Weber hat vorhin befunden, daß ihm Protokolle vorgehalten worden sind, worin das Wort Organisation gebraucht war, und daß auch der Untersuchungsrat dieses Wort gebraucht habe, ohne direkt von Dobring zu sprechen.

Zeuge Weber: Dobring hat großen Wert auf die Organisation und die USPD gelegt.

Zeuge Weder: Ich kann Dobring nicht den Vorwurf machen, daß er mir etwas erpreist hat. Bei der Verhölführung in das Gerichtsgericht empfing er mich allerdings mit den Worten:

„Wo, da kommt einer von den Todestandbaten.“

Er hat auch weiter gesagt, daß Gericht würde sich seinem Antrag beugen müsse. Ich habe mit dem drei Tage nach der Verhaftung aufgeschlossen. Bei der Verhölführung hat Dobring von Galgen, Hängen und Hinrichtung gesprochen. Im Justizhaus hatte Dobring mit auf meine Frage, ob sozialistisch und Reichspolisch wirklich erschossen seien, geantwortet: „Ja, gewiß, und wenn ich die Macht besaße, würde ich die beiden ausgraben und noch einmal erschießen lassen.“ Im Februar 1918 wurden Sachse und ich wieder als Zeugen nach Wilhelmshaven transportiert. Dobring fragte uns, wie es uns gehe, und als wir über Hunger klaglierten, brachte er uns beliebige Brots und sagte uns, wir sollten uns in der bevorstehenden Hauptverhandlung kurz fassen und sagen, was wir wissen. Rauend erwiderten wir,

„dass wir schon zu keine Zufriedenheit auslagen würden.“ Als ich dann aber in der Verhandlung Leugnele, das Manifest geschrieben zu haben, wurde ich angeklagt und Dobring machte unschuld ein Gesicht, als ob er sagen wollte: „Da hat er bestimmt bekommen und jetzt leugnet der Kerl noch.“ (Große Gelächter.)

Gegenüber einer Behauptung Dobrings stellt Sachse fest, daß er am 7. August verhaftet worden ist, also das Wort „Organisation“ in dem Vernehmungsprotokoll vom 3. August nicht auf ihn zurückzuführen sein könnte.

Zeuge Steinmann: Als ich in der Hauptverhandlung gegen die Flecken-Matrosen auf die Frage, ob der Matrose Zimmermann das Schiff in die Luft sprengen wollte, lachen mußte, warf Dobring wütend den Bleistift hin und rief: „Auf diesen Zeugen können wir verzichten!“

Abg. Dr. Moses (Ges.): Im Münchner Dolchstochterprojekt hat Dobring ausgelegt, er könne beweisen, daß aller Betrat, Sabotage und Meuterer zurückzuführen seien auf Leute, die sich als Anhänger der USPD. befanden und kein Sozialstaat daraus machen, daß das Programm der USPD. erfüllt hätten. Nun haben uns sämtliche Zeugen erklärt, daß sie sich niemals als Anhänger der USPD. befunden und niemals erfahren haben, daß sie das Programm der USPD. durchgesetzt hätten. Das ist doch ein Widerspruch.

Dobring: Ich weiß nicht, ob ich in dem Münchner Projekt gefragt habe, ich könnte das beweisen.

Abg. Dr. Moses: Das steht in beiden Aussagen des gedruckten sozialistischen Berichts über den Dolchstochter.

Dobring kennt zunächst die Richtigkeit dieser Berichte bezeugen zu wollen und sagt dann: Da jener Bericht ein Beispiellagerverfahren gegen einen sozialdemokratischen Redakteur war, lag mir daran, zu unterscheiden zwischen der alten Sozialdemokratischen Partei und der USPD. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß mir nicht ein einziger Anhänger der alten Sozialdemokratischen Partei bekanntgeworden sei, der an diesen Mischbehältern beteiligt wäre, während die Angehörigen dieser alten USPD. bekannt hätten. Wenn die Leute es heute behaupten, so ist das ihre Sache. Aber hat nicht Weder in seinem Manifest aufgefordert, der USPD. beleutzen?

Weder: Allerdings, aber nur damit die Vertreter dieser Partei auf der Stockholmer Konferenz sagen könnten, hinter Ihnen ständen Tausende deutscher Matrosen. Es ging wie nur darum, um Unterstützung zu jähren, d. h. die Mannschaften, die mit uns baldigen Frieden wollten.

Dobring: Worum er den Beitritt zur USPD. verlangte, ist seine Sache, aber verlangt hat er ihn.

Abg. Dittmann (Ges.): Raut den U-Booten hat Weder vor dem Obersteigergerichtsamt die Partei am 8. August 1917 ausgelegt, er solle ja den Vortreffs und noige zu den darin vertretenen Untersuchungen, strebe allerdings daran, sich über beide Institutionen zu informieren. Weder war also damals Mehrheitssozialist, demokrat, und die Behauptung Dobrings in München ist somit unrichtig.

Dobring hält Dittmann vor, daß die Zentrale der USPD. den Matrosen Reichspolisch an ihren Parteisekretär Benz empfohlen hätte.

Abg. Dittmann: Ganz war nicht Parteisekretär, sondern Vertrauensmann. Niemals hat die Zentrale der USPD. in der Marine Untersuchungen in Stockholm stattfinden lassen. Denn was hätte das für einen Zweck gehabt,

man hätte die Leute nur ans Wasser gestellt. Die eine vorgesunde Liste mit zwölf Unterschriften ist vollkommen handelsmäßig, von einer Hand hergestellt. Auf wen sollten derartige Listen Eindruck machen? Es sind uns aus der Marine einzelne Beiträtscheine zugegangen, so waren 15 Beiträtscheine von Matrosen des Schiffs „Bleichen“ an die Leipziger Volkszeitung geschickt worden, die dann im Briefkasten mittellos, sie seien an Dittmann weitergegangen.

Dobring: Es kommt nicht darauf an, was Sie als erfahrene Politiker mit den U-Booten angefangen hätten. Sitzt mich als Untersuchungsausschuß kam es nur darauf an, welchen Zweck die Befürchtungen mit den U-Booten verbunden.

Dittmann stellt fest, daß Dobring das sogenannte Programm des Sachse in der Anklage schafft anders als im Vernehmungsprotokoll dargestellt hat. Während der zweite Programmpunkt im Vernehmungsprotokoll vom 9. August lautet: „Erwirkung eines alsdahlgigen annexionistischen und entschädigungslosen Friedens und gewollte Durchführung des Programms der USPD.“, lautet er in der Anklageurkunde vom 21. August: „Erwirkung eines alsdahlgigen annexionistischen, entschädigungslosen Friedens durch Waffenlieferung, Generalstreik und Verweigerung des Scholams gegen Bevölkerung für Unterdrückung der Streikbewegung.“

Dobring will nicht zugeben, daß hierin ein wesentlicher Unterschied liegt, während Dittmann aus dieser Konstitution den Schluss zieht, daß auch das Programm im Vernehmungsprotokoll kontrolliert sein dürfte.

Abg. Bergsteiger (Dem.): Ist Ihnen bekannt gewesen, daß eine Erwirkung mit Gewalt dem Programm der USPD. widerstrebte? — Dobring: Nein.

Abg. Dittmann: Was meinte Dobring überhaupt von politischen Parteien und ihrem Programm?

Dobring: So gut wie nichts. Ich bin ein unpolitischer Mensch, nur Bevölker und habe mich nie darüber nie geflümmelt.

Abg. Dittmann: Über Sie sind doch von der Flottenabwärtsstelle mit den besonderen Aufgaben betraut worden, die SPÖ und USPD. zu besiedeln. Wie sollen Sie diese Aufgabe erfüllen, wenn Sie von Politik nichts wußten?

Dobring: Diese Funktion blieb auf dem Papier stehen und von der Aufgabe einer betätigen Überwachung ist mit nichts bekannt geworden.

Dittmann: Sie wollten also das Politische dem Oberreichsamt überlassen? Aber am 24. November 1917 haben Sie an den Staatssekretär Admiral Capelle einen längeren Bericht geschrieben, der auf die Verurteilungen und auch auf den Kriegsgerichtsrat Dr. Lüsch Bezug nimmt und ausführt, daß die Umrüte auf der Flotte von den Reichstagsabgeordneten Haase, Vogtherr und vielleicht auch Pechow gekannt und vielleicht auch genehmigt worden seien. Reichspolisch sei bekannt und vielleicht auch genehmigt worden. — Sie haben also Sie noch, das alles habe mit Politik nichts zu tun?

Dobring will ich damit austreden, daß dieser Brief an Capelle längere Zeit nach dem Prozeß gegen Reichspolisch und Genossen geschrieben worden sei; er habe nur gelagert, daß dieser Prozeß mit Politik nichts zu tun gehabt habe. Die Verurteilung erfolgte am 26. August, die Erhöhung am 5. September. Der Brief ist vom November.

Zeuge Sachse erklärt wiederholt, daß ein bestimmtes Programm nicht aufgestellt worden sei. Er sei wohl mit seinen Freunden auf anderen Schiffen zusammengekommen, und man habe die allgemeinen Fragen diskutiert. Aber ein Programm sei nicht aufgestellt worden. Er habe unter den Mannschaften seinerseits politische Klarheit bestanden. Was das Urteil darüber sagte, sei falsch.

Der Zeuge protestiert dann erregt dagegen, daß man ihm und seinen Kameraden keine Möglichkeit gegeben habe, die Alten einzusehen, während Herr Dobring das getan habe, um hier damit gegen die Zeugen zu operieren.

Der Vorsitzende Philipp erklärt dazu, daß der Untersuchungsausschuss niemand die Alten zur Verfügung gestellt habe.

Der Zeuge Dobring erklärt nach einigem Zögern, daß er durch das Reichsmarineamt Gelegenheit bekommen habe, die Alten einzusehen.

Abg. Bergsteiger: Haben Sie die Listen so angelehen, daß Sie dem Zweck der Anmeldung in die USPD. dienen? Zeuge Dobring: Die Liste ist mir von Sachse in die Hand gespielt worden. Bei seiner Verhölführung hat Sachse angegeben, wo die Liste versteckt sei, dort ist sie auch vorgefunden worden.

Abg. Breitlinghaus (D. Sp.): Sieht einen Widerspruch darin, daß der Zeuge Sachse erklärt habe, schon seit 1915 habe es politische Gruppen gegeben, die sich für das Programm Karl Liebknechts erklärt hätten. Diese Bewegung sei im Jahre 1916 auf 300 Mann angewachsen. Die Verpflegung sei doch überall schlecht gewesen. (Abg. Künster ruft: Bloß nicht bei den Offizieren!)

Zeuge Weber wendet sich dagegen, daß einzelne Seelen der Auslagen hier herausgerissen und gegen die damaligen Angeklagten verwendet werden.

Die Aussagen, die über die Zustände an Bord gemacht werden sind, seien gar nicht in die Alten hineingesetzt.

Der Zeuge wendet sich heftig gegen die Art, wie Dobring die Untersuchung geführt habe. Der Vorsitzende fällt ihm ins Wort, es gehe nicht, daß die Zeugen sich hier gegenständig befänden.

Der Sekretär Dobring steht vor dem Untersuchungsausschuss des Sachse vor dem Untersuchungsausschuss die Stellen, die sich auf die Bewegung auf den Schiffen bezog. Es sei damals von verschiedenen Seiten Agitation getrieben worden. Bei den Alten handele es sich um eine ganze Reihe, auch um solche, die von der Vaterlandspartei und anderen Organisationen ausgingen.

Zeuge Sachse führt dazu noch aus, daß es sich bei der bei ihm beschlagnahmten Liste um eine Auflistung der Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung gehandelt habe. Diese Zeitung sei von den Matrosen von der eigenen Lohnung bezahlt worden. Zwei bis drei Mann hätten immer zusammen ein Abonnement gehabt. Die Abonnementsgelder wurden gesammelt und an die Zeitung geschickt. Das habe ich Herrn Dobring erzählt.

Auf die Frage des Abg. Joos an den Zeugen Göttsche, ob dieser davon gehört habe, daß die Komraden über eine Revolte sprachen, erklärt dieser, man habe wohl wiederholt gemunkelt, daß von einer bevorstehenden Revolte habe er nie etwas gehört.

Abg. Joos kommt nun mehr auf die Rede zu sprechen, die der Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Herr, der sich damals in Wilhelmshaven befand, vor einer Versammlung von Matrosen gehalten hat. Herr hat die Rede nach seinen Auffassungen rekonstruiert, sie liegt in dieser Form dem Untersuchungsausschuss vor. Abg. Moses

hält dem Zeugen Dobring vor, er habe im Münchner Dolchstochterprojekt, Herr, sei wegen Parasiten vom Militär entlassen worden. Das liege aber im Gegensatz zu der von ihm im Matrosenprozeß vertretenen Behauptung, Herr habe die Unwendung von Gewalt propagiert.

Alle Zeugen haben hier aber ausgesagt, daß Herr gerade das Gegenteil getan und vor der Unwendung von Gewalt gewarnt hat. Ein Zeuge hat Herrn sogar das Verdienst zugesprochen, die Matrosen von der Unwendung von Gewalt abgehalten zu haben.

Dobring erwidert, er habe in München nur das vorgebrachten, was von anderer Seite behauptet worden sei, daß der Gedanke der Gewalt gerade von Herrn heringebracht worden sei.

Abg. Moses: Dann wäre es doch richtig gewesen, Sie hätten im Dolchstochterprojekt gelagert: Das habe ich von anderen gehört! Sie hätten sich doch hätten müssen, zu sagen, Sie selbst wählen, daß Herr Gewalt gepredigt habe.

Dobring gibt zu, daß er sich in München etwas vorläufiger hätte ausstellen und sich auf Reichspolisch, Weber und Sachse hätte berufen sollen.

Abg. Dittmann: Sie haben in München von Herrn als von einem Voralte gerichtet, also ihn als einen Menschen hinstellten, der nicht glaubwürdig sei. Meines Wissens war Herr 1917 schwer verletzt, Herr lebt heute noch. Er ist jetzt noch Redakteur der Leipziger Volkszeitung. Die ganze Art der Aussage Dobrings muß den Eindruck erwecken, daß ihm daran lag, den Mann zu disqualifizieren.

Zeuge Schneider, gleichfalls ein früherer Matrose, sagt aus, daß Reichspolisch, mit dem er eng befreundet war, wohl von Abenteuerlust getrieben wurde, als er sich 1912 freiwillig zur Marine meldete. Er habe auf gutes Aus

man nicht die Ursache der Missstimmung unter den Mannschaften geprüft habe. Dobring erwidert, er habe das nicht getan. Zeuge Bederer erzählt dann folgenden Vorfall: Kabis hatte drei Tage Urlaub. Er kam aber erst zwei Tage später zurück, weil sein Vater ertrunken war und man die Leiche nicht gleich gefunden hatte. Als er wegen Urlaubsüberschreitung zum Rapport kam, wurde ihm gesagt:

"Und wenn Ihre Mutter auch noch ertrunken wäre, so hätten Sie doch zurückkommen müssen!"

Zeuge Dobring verliest nun aus dem Abschiedsbrief von Reichspfleiß an seine Eltern zwei Stellen, in dem er wegen seines "Vergehens" um Vergebung bittet. Abg. Dittmann nennt es unerhört, dass dieser Abschiedsbrief eines zum Tode Verurteilten hier gegen ihn ausgenutzt werde. Das zeigte von der Gesellschaft des Zeugen Dobring. Dobring sucht sich damit zu entlastigen, dass dieser Brief dem Ausschuss doch schon vorgelegen habe.

Damit ist die Vernehmung der Zeugen beendet, der Ausschuss schließt gegen 3 Uhr die Sitzung.

Gewerkschaften in der Eisen- und Stahlindustrie der USA.

Von Horst Berenz.

Es war das Verdienst des verstorbenen Genossen Dihmann, dass sich die amerikanischen Gewerkschaften der Metallindustrie des Amsterdamer Berufsinternationale anschlossen haben. Die Gründung des europäischen Eisenarbeiterverbands ist für die amerikanischen Gewerkschaften mit der Grund gewesen, aus ihrer reservierten Stellung herauszukommen und sich mit den Gewerkschaften anderer Länder zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden.

Die Gewerkschaften der USA sind Berufsorganisationen. Das Prinzip der strengen beruflichen Gliederung ist im Gegensatz zum Deutschen Metallarbeiterverband auch in der amerikanischen Metallindustrie streng durchgeführt. Es finden sich heute hier und da amerikanische Stimmen, die den Deutschen Metallarbeiterverband als Musterorganisation für eine wirksame Interessenvertretung vorstellen. Diese Stimmen sind aber vereinigt. Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich aber nicht der Tatsache verschließen können, dass es ohne gegenseitige Verständigung in der vertrüsten Eisen- und Stahlindustrie der USA nicht geht, und aus diesem Grunde ist eine „Industrie-Aktion“ für die Gewerkschaften der Metallindustrie gegründet worden, in der die zahlreichen Organisationen zusammenarbeiten sollen. Leider besteht diese „Zusammenarbeit“ nicht selten in Auseinandersetzungen über die Zuständigkeit dieser oder jener Gewerkschaft für bestimmte Berufe.

Wie aus einer Zusammenstellung hervorgeht, die mit Hilfe der Gewerkschaften vom National Bureau of Economic Research gemacht wurde, haben in der amerikanischen Metallindustrie von 1897 bis heute 28 verschiedene Gewerkschaften bestanden, worunter sich z.B. selbständige Verbände von Taschenmesserschleifern, von Uhrengussgrauern, von Taschenmesserschleifern usw. befanden. Obgleich die Zahl der Organisationen heute auf etwa 15 zusammengeschmolzen ist, so braucht das noch kein Zeichen zu sein für einen restlosen Anschluss der kleineren Gruppen an die größeren Verbände; die Mehrzahl der Gewerkschaften hat sich bei zunehmender Konkurrenz ungeliebter und angelernter Arbeitkräfte einfach nicht mehr halten können und ist aufgebrochen. Von den noch bestehenden Organisationen sind 5 mit einer Mitgliedszahl von mindestens 10 000 nennenswert. Aus der nachfolgenden Aufstellung kann man einen Rückgang der Mitgliedschaft ersehen, der seit dem großen Aufschwung während des Krieges bis heute noch nicht zum Stillstand gekommen ist.

Mitgliedschaft der	1923	1925
Kesselschmiede	19 400	17 100
Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter	11 700	11 400
Maschinenteile	97 300	71 400
Hörner	732 100	27 500
Eisenbahnwerkstättenarbeiter	160 000	125 000
Großschmiede	5 000	5 000
Gießereiarbeiter	4 000	3 500

Die Organisationen ersfassen, mit Ausnahme der Eisenbahnwerkstättenarbeiter, die kleineren Industrien. Die große Schwerindustrie der USA ist gewerkschaftlich unorganisiert. Ein Versuch, diese Industrie, die etwa eine halbe Million Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1919 zu organisieren, bildet eines der interessantesten und charakteristischsten Kapitel der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. So lange die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie mit handwerklichen Methoden betrieben wurde, war es der Gewerkschaft der Eisen-, Stahl- und Zinnarbeiter gelungen, festen Fuß zu fassen. Aber schon 1880 unternahm die Carnegie Corporation den Versuch, die Gewerkschaft zu vernichten, was jedoch damals noch nicht gelang. Mit 24 000 Mitgliedern stand der Verband 1891 auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung; aber bereits ein Jahr später verlor er in einem erneuten Kampfe, den die Carnegie Corporation unternahm. Ein Versuch, die Gewerkschaft 1901 noch einmal zu ihrer alten Macht zu bringen, mischlang, und 1908 führte die Carnegie Corporation den entscheidenden letzten Schlag, der die Gewerkschaft nach einem 14 Monate langen Kampfe zur Bedeutungslosigkeit herabdrückte.

Durch den Weltkrieg kam in die amerikanische Industrie eine große Konjunktur, die die Veranlassung für einige forschrittsliche

Gewerkschaftsführer wurde, einen erneuten Versuch für die gewerkschaftliche Organisierung zu unternehmen. Die Schwierigkeiten waren ungeheuer groß. Alle Werke müssten auf einmal erfasst und mobilisiert werden, wollte man auf einen Erfolg rechnen. Aus diesem Grunde gründete man ein Nationalkomitee zur Leitung der Propaganda. 24 verschiedene Gewerkschaften gehörten dem Komitee an. Schon die Vorbereitungen wurden durch Verbote von Verfilmungen und freier Reden erschwert. Hinzu kam, dass die feindselige Haltung der Stahlindustrie gegenüber den Gewerkschaften im Laufe der Jahre die Ansicht hatte aufkommen lassen, dass die Industrie nicht gewerkschaftlich organierbar sei. Obwohl der Versuch jetzt trotzdem unternommen werden sollte, fehlte es bei einzelnen Gewerkschaften oft an der notwendigen Überzeugung und an der notwendigen Unterstützung der Kampagne.

Das Kriegsende machte zunächst der großen Konjunktur ein Ende. Die Stahlindustrie selbst kam mit dem Rücktritt des Ministers und dem Untergang des Staates, der von ihr im Prinzip anerkannt wurde, und mit der Frist, der sie warzen Liste, die in rücksichtsloser Weise gegen Tausende von Arbeitern zur Anwendung kam. Trotzdem wuchs die Bewegung. Die jahrelange Bedeutung hatte die Arbeiter mit Unwillen erfüllt, und überall drohten lokale Streiks auszubrechen. Trotzdem gelang es, die Bewegung zusammenzuhalten. Ein Versuch, mit der Leitung der United States Steel Corporation (Stahlwerk der Vereinigten Staaten) zu verhandeln, wurde von den Industrieführern glatt abgelehnt, worauf die Arbeiterschaft mit einem Streik antwortete.

Die Unternehmer hatten sich in der Zwischenzeit eine eigene Armee bewaffneter Kosaken zusammengestellt, die sie in rücksichtsloser Weise auf Friedfertige Versammlungen und Demonstrationen losließ. Die Bürgermeister der Städte, die Richter, die Kaufleute alle standen ihnen in der Beugung der Gewalt und in der Anwendung der Gewalt zur Seite. Die Bundesregierung erließ Ausweisungsbefehle gegen arbeiterfreundliche Elemente, die schon seit Jahren in den USA heimisch geworden waren. Ferner versuchten die Unternehmer, die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszupielen. Ein Werk gibt an, in seinem Bezirk 28 Nationalitäten zu haben. Man hegte die geleerten Berufe gegen die ungeleerten, um einen Teil in die geschlossene Front der Arbeiterschaft zu treiben.

Obwohl es den Gewerkschaften gelungen war, den Streik mit einer Beteiligung von 90 Prozent zu beginnen, bröckelten Teile nach und nach ab. Die große Ausdehnung des Gebietes, in dem die Industrie liegt, erschwerte die einheitliche Leitung, und es gelang nicht, die Arbeiterschaft, die im wesentlichen zum ersten Male erfasst war, und die sich glänzend schlug, gegen Verleumdung und brutale Gewalt auf lange Zeit zusammenzuhalten. Im Januar 1920 musste der Streik als verloren abgebrochen werden.

Seitdem haben die Unternehmer mit einem Erfolg versucht, in ihren Betrieben gelbe Gewerkschaften zu gründen, die allerdings keine wirtschaftliche Macht haben, aber die für sie ein Vorwand sind, alle anderen gewerkschaftlichen Bemühungen um Strukturreform zu bekämpfen. Die amerikanischen Metallarbeiter-Gewerkschaften stehen daher noch vor großen Aufgaben, wenn sie wirklich starke Organisationen werden wollen. Auch die Automobilindustrie ist bis heute unorganisiert. Hier ist ein entschiedener Gegner jeder Gewerkschaft, und die nächste Zukunft wird zeigen, ob die Campagne, die zur gewerkschaftlichen Organisierung der Automobilindustrie auf dem letzten Gewerkschaftskongress beschlossen wurde, Erfolg haben wird.

Das Berufungsgericht in Boston hat 800 Mitglieder der Motorarbeiter-Gewerkschaft zu 60 000 Dollar Schadensfazit verurteilt, wegen „Behinderung“ einer großen Milkfirm, die nicht zur Gewerkschaft gehörende Arbeiter einzstellen wollte.

Generalausperrung in Norwegen?

SVD. Seit dem 12. Februar sind in Norwegen 14 000 Arbeiter der Eisen- und Metallindustrie, der Schuhfabrikation, der Textilbranche und der Gruben ausgesperrt. Während es in den letzten Wochen schien, dass die Arbeit des Schiedsrichters Erfolg haben sollte und ein baldiges Ende des Konfliktes erfolgen würde, ist nunmehr eine sensationelle Wendung eingetreten.

Der Schiedsentscheid steht mit, dass er keinen neuen Schiedsspruch zu unterbreiten habe; er kommt keine Einigungsmöglichkeit erblicken. Die Arbeitgebervereinigung hat daraufhin eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die über eine Erweiterung der Ausperrung beschließen will. Es ist bekannt, dass der reaktionäre Flügel der Arbeitgeber auf dieser Generalversammlung die Generalausperrung in der gesamten Industrie fordern wird. Auf jeden Fall aber ist nunmehr zu erwarten, dass die 12 000 Arbeiter der Papierindustrie, die zur Zeit in sehr schwierigen Verhandlungen über eine Tariferneuerung liegen, in die Ausperrung hineinbezogen werden, was mit vierjähriger Ankländigung geschehen kann. Die Lage ist um so trübler, als noch 70 Prozent der Mitglieder des Landesverbandes der Gewerkschaften vor Tariferneuerungen zum 1. Mai stehen. Die norwegischen Arbeitnehmern den Standpunkt ein, dass sie entsprechend der Zunahme des letzten Jahres eine 10prozentige Lohnkürzung gefallen lassen müssen; sie lehnen aber die Lohnkürzungsforderungen der Arbeitgeber, die sich zwischen 25 bis 50 Prozent bewegen, ab.

In dieser Situation ist es von Bedeutung, dass dem norwegischen Storting ein Gesetzesvorschlag für die Erlassung verbindlicher Schiedsgerichte, deren Richtbefolung mit geistlichen Strafen belegt ist, vorliegt. Das Storting hatte die Behandlung dieses Gesetzes-

vorschages mit Rücksicht auf den bestehenden Konflikt hinausgeschoben. Jetzt verlaute, dass die Regierung nunmehr den Antrag befehlsgültig vorlegen wird, um eventuell durch einen Zwangsschiedspruch einen landesumfassenden allgemeinen Arbeitskonflikt im Reime zu erläutern. Das würde ein gewagtes Experiment sein, da sowohl die Arbeitgeberorganisationen als auch die Gewerkschaften sich gegen verbindliche Schiedsgerichte ausgesprochen haben.

Ableile Unternehmertum des preußischen Staates.

Wie dem Soz. Presseamt aus Kreisen, die der Preußischen Bergwerks-A.-G. nahestehen, mitgeteilt wird, erwägt man dort, die Bergleute auf den Stand vom Mai 1926 zu bringen. Das bedeutet für eine ganze Reihe von Schachtanlagen die Entlassung von Hunderten von Bergleuten. Am 1. April hat man bereits Kündigungen vorgenommen. Weitere Entlassungen sollen allmonatlich gruppenweise erfolgen. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Bergwerksleitung gegebenenfalls zu größeren Entlassungen schreiten wird.

Der Soz. Presseamt nimmt an, dass es sich um eine Umgruppierung größten Stils nach der Richtung handelt, alte Bergleute durch möglichst junge zu ersetzen. So werden im Bezirk Recklinghausen trotz aller Entlassungspläne fortwährend Arbeiter neu eingestellt, und zwar handelt es sich meist um jüngere Deutsche. Ruhmliche Vorbereitungen trifft man bei anderen rheinisch-westfälischen Zeichen. Das Bestreben der Bergleute scheint darauf hinauszulaufen, die alten Bergleute nach der Knappenschäftsverzorgung abzuschließen und eine Verjüngung der Bergleute durchzuführen, um diese nach allen Regeln der Kunst ausdeutzen zu können. Das nennt man im Rheinland und Westfalen Nationalisierung.

Über die Lohnbewegung in der niedersächsischen Metallindustrie verlautet nach WTB, dass die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ergebnislos geblieben sind. Der Reichsarbeitsminister habe sich die Stellungnahme zu der von den Gewerkschaften beantragten Verbindlichkeitserklärung für einige Tage vorbehalten und den Parteien neue Vorschläge unterbreitet, zu denen sie Stellung nehmen sollen.

Die Bergarbeiterbewegung in Nordamerika. In dem 45 000 Bergleute beschäftigenden Pittsburg-Distrikt willigten 62 kleinere Kohlengruben mit 2500 Bergleuten ein, das bisherige Lohnabkommen aufrechtzuerhalten. Die Lage in den anderen Distrikten ist unverändert; lediglich in Indiana sind Verhandlungen eingeleitet worden.

Wirtschaft

Mehr Aufträge, aber nicht mehr Lohn.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, die Spitzenorganisation der deutschen Maschinenindustrie, stellt in seinem Bericht über den Monat März eine weitere Zunahme der Anträge und Aufträge aus dem In- und Auslande fest. Zum ersten Mal seit Juli 1925 habe eine kleine Mehrheit der Firmen den Eingang von Inlandsaufträgen als „genügend“ bezeichneten. Bei den Auslandsaufträgen sei aber der Auftragseingang, auch nach der Besserung des letzten Monats, noch immer für mehr als die Hälfte der Maschinenbaubetriebe unbefriedigend.

Der Beschäftigungsgrad der Maschinenindustrie wurde im März nur noch von etwa 35 Prozent der Betriebe als schlecht bezeichnet, gegen 40 Prozent im Februar. Dagegen wiesen auch jetzt noch erstaunlich wenige mehr als 10 Prozent gute Beschäftigung auf. Bei den übrigen Firmen reichte der Auftragsbestand zu „genügender“ Beschäftigung für den — in zahlreichen Fällen noch erheblich eingeschränkten — Betrieb aus. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit erhöhte nur eine geringfügige Zunahme.

Es ist noch nicht allzulange her, seitdem der Verband der Maschinenindustriellen sich in seinen Berichten für die Steigerung der Konjunktur erwärmt hat. Im Jahre 1926 konnte die Maschinenindustrie ihre Produktionsanlagen durchschnittlich nur zu ungefähr 50 Prozent ausnutzen. Inzwischen hat die Maschinenindustrie erfahren, dass die Konjunktur sich auch bessern kann, ohne dass die Löhne wesentlich steigen, und ohne dass die Arbeitslosigkeit wesentlich abnimmt. Sie konnte in Gestalt wachsender Auftragseingänge von den Übergewinnen der kartellierten und vertrusteten Großindustrie profitieren. Deshalb zieht sie sich jetzt in die Front der Lohndrücker ein. In seinem Monatsbericht äußert sich der Verband wie folgt:

„Die durch ganz Deutschland gehende Lohnbewegung macht sich auch in der Maschinenindustrie allerorts bemerkbar und gibt an ersten Befürchtungen Anschluss. Lohnherhöhungen unter den gegenwärtigen Umständen bedeuten eine einseitige Bevorzugung der beschäftigten Arbeiter auf Kosten der Arbeitgeber und der Allgemeinheit. Nur eine Senkung der Selbstkosten und der Preise sowie eine dadurch bedingte Steigerung des Absatzes im Inlande“

Aber leider ist auch Uf weg gewesen.

Er hatte wohl Wandergelüste bekommen und war von ihr weggeslogen — über alle Berge!

Strix und die Menschen.

Es ist wieder Frühling in den großen Wäldern an der Förde.

Die blau-schwarzen Wasserflächen der Waldseen liegen mit Bögeln überfützt da...

Auf den kleinen Kümpeln schicken die Blähköhner hitzig und paartungsstoll aus dem schimmernden Versteck des Röhrichtraumes heraus; sie gleichen Maulwurfsausen, die auf dem Wasser schwimmen. Auf den großen Schanzen unter den Birken auf, deren erste vergilbende Blätter in dem funkelnden Geblüm der Spinnnebaumeln.

Eine eigenartige Rastlosigkeit ist in die Amelien gefahren, sie sitzen nicht mehr zwischen den Insekten und den dicken Zweigen, sondern nehmen mit Fleißhaft, was ihnen in den Weg kommt: magere, langbeinige Schnatzen und eingetrocknete Blattzopfen.

Die Eidechsen erlösen, aber die Becher der Adlerfarnen werden braun und häufen sich zu großen Schanzen unter den Birken auf, deren erste vergilbende Blätter in dem funkelnden Geblüm der Spinnnebaumeln.

Da summt eine Biene . . . die jungen Füchse schnappen das, es ist unwiderstehlich die lebte Biene des Jahres!

Die Tiere haben Jungs geworfen, die Vögel haben ihre Eier ausgebrüten und die Pflanzen haben Samen angelegt; jetzt ist der große Erneuerer, der Winter, im Anzug.

Als es ruhig und fast geworden, und als es mit dem Futter knapp wird, besuchen die beiden alten Eulen ein Nest, das Rande eines kleinen Sees jenseits der Förde liegt.

Und dann eines Abends, als sie sich eben gesetzt haben, hören sie die Unruhe aus einer Tanne herauskrallen.

Es ist ein Schuh — und die Federn stehen Uf um die Ohren! Er wird ganz verwirrt und gerät von Sinn und Verstand, er klappert mit dem Schnabel und dreht sich auf demselben Fleck rund herum, wieviel Strix auch ruht.

Ein kleines kürzbares, rotbraunes Ding, das wie ein Fuchs heißt, fährt auf ihn ein — und summmt dann plötzlich ein göttliches Geheul an.

Den hat er doch wenigstens gesetzt! denkt Strix.

Aber leider ist auch Uf weg gewesen.

Er hatte wohl Wandergelüste bekommen und war von ihr weggeslogen — über alle Berge!

Strix, die Geschichte eines Uhus.

Von Svend Fluuron.

Bereitligte Übersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann. Copyright by Eugen Diederichs Verlag in Jena.

Die Nacht wird tiefer und tiefer . . .

Und Strix, die seit der Dämmerung gesucht hat, gelangt allmählich weit umher im Umkreis.

Da, um die Morgenstunde, als sie in die Gegend der Menschenstöre hinauskommt, hört sie von einem kleinen Haus, das einst und im Berste unter einigen hohen Tannen liegt, den schwachen, heiseren Laut.

Sie fängt ihn in ihren Ohren auf, belässt ihn gleichsam mit ihren Federhörnern und lässt ihn sich mittels heftiger Faulsschläge in die Brust hineinhämmern. Sie wird auf einmal so leicht zumute: da sind ja die Jungen!

Sie stehen in einem Gitterkasten auf dem Hofe.

Jäh fliegt sie gegen den Käfig, so dass der Kasten erbebt — und sie und die Jungen lange ihre Klage.

Wu-hu! Wu-hu! heißen die Kleinen. Und Strix summte ein ermunterndes Knäppchen mit dem Schnabel an. Sie glaubt, dass sie hungrig sind und fliegt davon, um einen Augenblick später mit vollen Füßen zurückzukehren — dann flügelt sie ihre Jungen, obwohl diese im Überfluss schwelgen.

Sie will sie mitnehmen, will sie heraushaben — sie zerstört an dem Käfig, so dass der Kasten reiht.

Der Kasten der Ratten, der auf einem Haubstock an der Mauer aufgestellt ist, um und fällt mit lautem Geläute in ein offenes Kellerfenster hinein.

und auf dem Weltmarkt kann allmählich zu einer Aussaung der Millionen von Arbeitslosen führen, die heute noch die schwerste Sorge der deutschen Wirtschaftspolitik bilden. Eine weisige Preisentwickelpolitik würde selbsttätig auch bei festgehaltenen Nominallöhnen eine Steigerung der Reallöhne ergeben."

Es wird also der originelle Versuch gemacht, die Arbeitslosen gegen die noch in Arbeit befindlichen auszuspielen. Der Verband der Maschinenindustriellen könnte sich ein Verdienst um die Belebung der sein Gerechtigkeitsgefühl so schwer verleidenden „eineseitigen Bevorzugung“ erwerben, wenn er für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung eintreten wollte. Im Übrigen ist seine Entrüstung ein wenig verspätet. Denn der Gedanke an die Benachteiligung der Arbeitslosen gegenüber den Arbeitenden hat ihn nicht verhindert, durch Arbeitsebau Lohnersparnisse zu erzwingen.

Es paßt in die Zeit des Bürgerblocks, daß über alle gegenseitigen Interessen hinweg alle Schichten des Unternehmens um sich zu einsichtiger Abwehr zusammenschließen, wenn es gilt, nach den Niesengewinnen des letzten Jahres, den Arbeitern einen größeren Anteil am Produktionsertrag zukommen zu lassen.

Bericht der Vereinigten Staaten gegen das Kalihandels.

SPD. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat am Donnerstag bei der zuständigen Instanz Klage gegen das deutsche und das französische Kalihandels erhoben. Die Klage stützt sich auf das amerikanische Antitrustgesetz. Sie geht davon aus, daß in dem Abkommen zwischen der deutschen und der französischen Kalihandels der amerikanische Kalibedarf im Verhältnis von 70 : 30 zwischen Deutschland und Frankreich aufgestellt ist. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die gesamte Kalifuhr aus Deutschland und Frankreich ab 1. Mai 1927 ausschließlich an die New York Importing Co. verlaufen werden soll.

Der Zusammenschluß des deutsch-französischen Kalihandels in Amerika in der genannten Gesellschaft scheint denn auch die Veranlassung zu der Klage zu sein, da man von der geplanten Organisation, zu deren Durchführung namhafte Mitglieder der deutschen und französischen Kalihandels in Amerika weisen, eine Steigerung der Preise erwartet. Die Klage verlangt, die Gründung der Verkaufsorganisation zu verbieten sowie alle Vereinbarungen zu verhindern, die den Kalipreis in Nordamerika steigern könnten.

Loucheur für internationale Wirtschaftsorganisation.

Am Freitagabend hielt der bekannte französische Großindustrielle, Abgeordnete und einzige Minister Loucheur einen Vortrag in der Berliner Handelskammer über die kommende Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes. Den Gedanken, Europa nach dem Muster Amerikas zu den Vereinigten Staaten von Europa zusammenzuschließen, lehnt er zwar nicht ab, setzte aber starke Zweifel in seine Ausführbarkeit. Optimistischer ist er gegenüber der Idee einer europäischen Zollunion. Sie befürtete zwar nicht das wirtschaftliche Ubergewicht eines Landes über das andre, sie verhindert nicht, daß sich verschiedene an Kohle und Erz arme Völker in einer unsicheren Lage befinden würden, während Länder mit reicher Rohstoffbasis eine Konzentration der Schwerindustrie, gewissermaßen ein Monopol für sich begründen könnten.

Diese Schwierigkeiten könnten aber überwunden werden, und das ist der Kern und der eigentliche Zweck von Loucheurs Vortrag:

durch die internationale Organisation der Wirtschaft oder mit andern Worten: die Bildung internationaler Kartelle und Trusts. Als eine Garantie des Friedens sieht auch Loucheur die internationale Konzentration des Kapitals nicht an, denn „je nach der weisen Führung durch die Wirtschaftsführer werden die Wirtschaftsvereinigungen die Quelle des Wirtschaftskrieges oder des sozialen Krieges sein“. Um Missbrüche von Machtsbesitznissen zu verhindern, erscheint ihm die Staatskontrolle weniger zweitmäßig als eine weise Einflussnahme des Völkerbundes, etwa in Art eines statistischen und wissenschaftlichen Kontrollinstituts unter dem Patronat und im Rahmen der Verwaltung des Völkerbundes.

Loucheur möchte das Annehmen mit dem Rückgrat verbinden, die Macht des international verbündeten Großkapitals so stark wie möglich und die Instanz, die die gemeinschaftliche Ausnutzung dieser Macht verhindern soll, so harmlos wie möglich zu machen. „Eine Dauererqueule über die Organisation der Weltwirtschaft“ ist gewiß möglich, doch sie aber von den großen Konzernen als ernstzunehmender Machtfactor anzusehen würde, möchten wir bezweifeln.

Reparationszahlungen vom März. Dem Bericht des Reparationsagenten für März ist zu entnehmen, daß die Einnahmen für Reparationszahlungen in diesem Monat 100,2 Millionen Mark betragen haben. Die Zahlungen belaufen sich insgesamt auf 94,8 Millionen Mark. Davon erhielten: Frankreich 38,4, England 22,3, Italien 9, Belgien 5,5, Jugoslawien 3,3, Vereinigte Staaten 6,1, die übrigen Gläubigerländer 1,7 Mill. Mark. Von dem Rest entfielen 7,7 Millionen Mark auf Jinos der deutschen Auslandsanleihe, das übrige auf andere Aufwendungen.

Barablösung von Markanteilen. Der Reichsfinanzminister hat sich entschlossen, die Barablösung von Sparprämien an alle für sogenannte, soweit der Gesamtbetrag 1000 Mr. nicht übersteigt. Es empfiehlt sich daher, daß Besitzer derartiger Papiere mit nachweisbar nicht mehr als 1500 Mr. Jahresinkommen, die bereits Auslösungsrechte hierfür erhalten haben, und für diese auch gern abgelunden werden möchten, oder die noch im Besitz von Sparprämienanteile sind, sich unverzüglich an die Unfallversicherungsbüros ihr sie zuständigen Finanzamtes wenden. Auch hierfür sind die üblichen Nachweise bezüglich des Alters wesentlich notwendig.

Gerichtsstaat

Auch ein „Kriegsveteran“!

Johann wurde in den oberbayerischen Alpen geboren. Sein Vater hatte infolge wirtschaftlicher Notstände den Besitz der Familienherrschaft und damit die Selbstständigkeit verloren. Als Tagelöhner fraßte er mit seiner Familie ein tägliches Dosein. Johann wurde zu Hause gar arg herumgestoßen; niemand mochte ihn leiden. Auch die unter plötzlichem Terror stehende Winterhölle vernachlässigte den Knaben. So kannte Johann nie ein Heimatkäppi. Im Alter von 15 Jahren ging er auf die Wanderschaft. Niemand hielt ihn. In Tirol arbeitete er an mehreren Stellen als Dienstknabe. Doch wurde er immer wieder wegen seiner geistigen Minderwertigkeit und weil er auch als Erwachsener noch Bettläger war, davongetragen! Und dabei war er ein feinesguter Mensch und lehrte sich so sehr nach Liebe, Nachsicht und Verständnis. Auf seiner Wanderschaft kam er im Alter von 18 Jahren im Januar 1914 nach Frankreich. Er wollte nach Nancy, da dort Arbeiter nach Casablanca in Nordafrika angestellt wurden. In Epinal wurde er von Gendarmen aufgegriffen. Ein Beamter forderte den jungen fränkischen Menschen zum Eintritt in die Fremdenlegion auf. Mit Freuden nahm Johann das Anerbieten an.

War er doch nun versorgt. Die Hauptaufgabe war dem Heimatlosen, in Ruhe unter einem Dache schlafen und sich salt essen zu können. Am 12. Januar 1914 verpflichtete sich Johann auf fünf Jahre zur Fremdenlegion. In einem Ort Algeriens kam er in Garnison. Wie üblich am letzten des Monats gab es auch am 31. Juli 1914 Löhnung. Doch wurde an diesem Tage der sonst ebenfalls übliche Ausgang gesperrt. Es wurde bekanntgegeben, daß zwischen Frankreich und Deutschland Krieg herrsche. Die Deutschen müßten entsprechend ihrer Verpflichtung weiter im Dienste der Fremdenlegion bleiben, doch brauchten sie nie gegen Deutsche zu kämpfen! So geschah es auch. Einige plötzlich von Nationalismus besessene deutsche Legionäre desertierten, um nach Deutschland zu gelangen. Die meisten wurden eingefangen und schwer bestraft, der Rest fiel den Bediulinen in die Hände und wurde von diesen auf grausame Weise ermordet. Ende September 1918 bot man Johann die Weiterverpflichtung an. Sollte er nicht in der Legion bleiben wollen, so würde er bis zur Beendigung des Krieges in ein Konzentrationslager geworfen werden müssen. Da aber Deutschen aus diesem Lager nach ganz kurzer Zeit lieber wieder in die Fremdenlegion zurückkehrten waren, ziel Johann die Wahl nicht schwer. Am 2. Oktober 1918 verpflichtete er sich für die Zeit der Kriegsdauer plus ein Jahr weiter. Plötzlich war der Krieg infolge der Niederlage Deutschlands einen Monat später zu Ende. Da Johann aber keine Lust hatte, nach seiner „Heimat“ Deutschland zurückzufahren, verpflichtete er sich für 1919 noch einmal fünf Jahre zum Dienst in der Fremdenlegion. Erst 1924 schied er nach Europa aus. In Straßburg stand er völlig mittellos da und trat mit einem Spionageagenten in Beziehung; er legte es auf Spionage ab, um recht rasch zu einer größeren Summe zu gelangen. Er erhielt auch tatsächlich 350 Franken und reiste dann schlunkig über die Grenze. In Bayern arbeitete er nun an mehreren Stellen als Bauhelfsarbeiter. Da erholte er im Herbst 1926 einen Kollegen, auf welche Weise er den französischen Spionageagenten in Straßburg geprellt habe. Nun erfuhr auch eine deutsche Behörde seine Abreiter. Da die deutschen Behörden aber bekanntlich auch den von Deutschen an Franzosen verübten Spionageabtrag ahnden, verhaftete man Johann Anfang November 1926 wegen verühten Vertrags militärischer Geheimnisse. Kaum hatte die Oberrechtsanwaltschaft die Angelegenheit in Händen, als sie die Anklage noch auf Kriegs- und Landesverrat erweiterte. Dieser Tage stand Johann vor dem 5. Strafgericht des Reichsgerichts. Lediglich das Zuchthaus war ihm in der Anklage angebrochen. Doch der Rechtsanwalt ließ „Milde“ walten; er beantragte gegen Johann „nur“ 5 Jahre Festung wegen Kriegsvertrags und 3 Monate Gefängnis, weil er mit einem französischen Spionageagenten in Verbindung getreten war. Der 5. Strafgericht entsprach ausnahmsweise dem geforderten Menschenverstand und sprach Johann wegen Kriegsvertrags frei. Der Angeklagte habe sich bei Begehung dieser Straftat in einem Notstande befunden, dem er aus eigenem Entschluß nicht entgehen konnte. Doch wegen des an den Franzosen verübten Spionageabtrags verurteilte der Senat ihn zu 8 Monaten Gefängnis, die allerdings durch die Untersuchungshaft als verdächtig angesehen wurden. Der Haftbefehl wurde aufgehoben; Johann kann sich nun als Einunddreißigjähriger eine neue „Heimat“ suchen. —

Versammlungskalender

Montag, 11. April.
Bund sozialistischer Freidenker (Ortsgruppe Stünz). Gasthof Stünz,
1/8 Uhr.
Stuhlkätere und Puher. Volkshaus, 1/8 Uhr.
Metallarbeiter im Osten (Gunktionäre). Grüne Ave, 7 Uhr.
Dienstag, 12. April.
Maurer. Volkshaus, 7 Uhr.
Steinsträger. Volkshaus, 1/8 Uhr.
Neue Feuerbestattungskasse organisierter Freidenker, Bezirk Leipzig
(Delegierte). Volkshaus, 8 Uhr.

Damen - Konfektion

Mäntel aus feinen Schottenstoffen, imprägniert	14,50
Mäntel aus Shetlandstoffen, flott verarbeitet	26,50
Mäntel aus prima Wolkkrippe, mit eleganter Blümchengarnitur	36,00
Mäntel aus Kunisalade, feine Muster, reich mit Rüschen bes.	42,00
Mäntel aus imprägn. Herrenstoffen, prima verarbeitet	52,00
Kostüme aus prima Kasch, flotte jugendliche Form, Jacke auf reiner Seide	65,00
Kostüme aus imprägnierten, neuartigen Herrenstoffen, flotte Sportformen, Jacke gefüttert	59,00
Jumper aus weißem Wollbatist, Silhouetteform, hoch und geschlossen zu tragen	13,50
Jumper aus Crêpe de Chine, feine, hochgeschlossene Form, mit Krawatte	19,75
Kleider aus Compostoffen, moderne Jumperform	26,00
Kleider aus Wollkrippe, moderne Farben, farbig garniert	32,00
Kleider aus Veloutina, zehne Farben, Crêpe-Georgette-Umschlagkragen	39,50
Morgenröcke aus Flauschstoffen, Kimonoform, sch. Farb. 6,75	4,50

Kinder - Konfektion

Knabenmäntel aus marine Wollstoffen, gefüttert, mit Goldknöpfen und Abreißschnalle, Größe 6 jede weitere Größe 50 Pf. mehr	12,50
Kieleranzüge aus marine Wollstoffen, Hosen gefüttert, abknöpfbare Garnitur, Größe 6 jede weitere Größe 75 Pf. mehr	14,50
Mädchenanzüge aus imprägn. Schottenstoffen, Größe 60 jede weitere Größe 75 Pf. mehr	9,75
Mädchenkleider aus Ripspopeline, hellblaue Farbe blau, Kragen gestickt, Größe 60 jede weitere Größe 75 Pf. mehr	11,50

Pölich

Putz

Fescher Filzhut m. onduliert. 575
Krempe und Bandgarnierung... 575
Jugendl. flotter Hut a.bunt. 775
Strob. m. Band- u. Blumen-Garnier.
Flotter Trotteur aus weichem, 975
farb. Glanzstroh. m. ap. Bandgarn.
Frauenhut schwarz und farbig, 675
gr. Kopfweite, vorrät. 12,75 10,75 8,75

Wäsche

Oster-Serie „Crista“
aus feinfädigem, gutem Wäschestoff mit feinem Stickerei-Binatz und Klüppelspitze garniert.

Jumper-Untertaille ... 250
Trägerhemd ... 250
Beinkleid ... 325
Hemd hose ... 425
Prinzenrock ... 525
Nachthemd ... 485
Preiswerte Damen u. Kinderwäsche in großer Auswahl.
Anfertigung von erstklassigen Baby- und Brautausstattungen,



Herren - Konfektion

Herren-Anzüge in pa. stra- pazier. Cheviot- u. Homespun	23,00
..... 88,- 48,- 38,-	
Herren-Anzüge i. la Chev. u. Raiming, pa. verarb. mod. Must. u. Farben 88,- 78,-	68,00
Herren-Anzüge vollw. Ers. für Maß, das Beste in Qualität und Ausführung ... 140,- 120,-	98,00
Herren-Sport-Anzüge in mod. Sportst., m. lg. Hose u. Breech- o. Knickerb. 78,- 68,- 58,-	43,00
Herren-Sport-Anzüge in eleg. Ausf. z. T. orig. engl. Qualitäten ... 110,- 100,- 110,-	98,00
Herren-Sommer-Paletot in Marong u. schwarz. Qualität in solider Verarbeitung 63,- 53,-	38,00
Herren-Sommer-Ulster mod. Gabard.- u. Cheviotqual. in versch. neuen Form. 98,- 88,- 73,-	58,00
Herren-Sommer-Ulster jerstrik., rohnw., impräg. Gabar- dinqual. u. best. engl. Cheviot 140,- 120,-	110,00
Loden-Mäntel gut ausprob. Stricklöden verschied. Formen 20,- 18,-	14,00
Loden-Juppen pa. etrapl. Sommerlod.-Qual. i. einf. u. bott. Sportfasson ... 25,- 23,- 18,-	11,50

Herren-Artikel

Oberhemden prima Perkal mit 2 Kragen, mod. Streifen ...	4,90
Oberhemden einfarbig aus prima Batist ...	7,50
Oberhemden weiß, mit prima Ripsanissetz ...	5,50
Nachthemden a. gr. Hemdt. m. fein. Bes. off. u. geschloss. Form 4,00	3,90
Serviteurs mit Kragen, farbig gestreift ...	50 Pl.
Stehkrägen mit den modernen Recken, prima 4-fach ... 1,- 90	60 Pl.
Umlegekrägen pa. 4-fach die neuesten Formen ... 1,10 90	75 Pl.
Sportgürtel in all. Farben aus pa. Rindleder ... 2,00 1,90	95 Pl.

ZUM ÖSTERFESTE

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 11. April.

Traditionen.

Tradition bedeutet Pflege des Überlieferter, Ererbten, und darum ist Sinn für Tradition in der Regel nur bei Erben anzutreffen oder bei solchen, die es zu werden hoffen. Je mehr einer erbte oder zu erbten wünscht, desto eifriger tritt er für Pflege der Tradition ein. Heute spielt das Wort Tradition ganz besonders im politischen Leben eine Rolle, und es ist interessant festzustellen, daß hier dieser Begriff ausschließlich in jenen Kreisen turzert, die als Erben oder als Vererber interessiert sind. Die durch die politische Umwälzung verloren haben oder verlieren werden oder in Zukunft nicht zu verlieren wünschen. Wenn also Militärs und Militaristen die "Traditionen des alten Heeres" erhalten wollen, so damit die dem alten Heere innenwohnende Unterdrückungswelt und die Auslöschungsmöglichkeit, die sich darin für jeden brutalen oder dummen Unterdrücker bot. Der Kapitalist, der die gute, alte Tradition zwischen Unternehmer und Arbeiter erhalten sehen möchte, wünscht sich den Zustand verewigt, wo der Herr befiehlt und der Knecht bedingungslos gehorcht. Der Pfaffe, dem die religiöse Tradition am Herzen liegt, trotzdem das Wissen längst gegen die frommen Schwindelmädel entchieden hat, kämpft für seinen einträglichen Broterwerb. Und so weiter. Die nebelhafte Liebe zur Tradition verdeckt immer einen handgreiflichen Betrug, und zwar insfern, als es den Deutschen um anderes geht, als sie vorgeben. Anhänger der Tradition sind immer Nutznicker oder sie wollen es werden. Darum wird der Begriff nur in den politisch reaktionären Parteien gepflegt. Die arbeitende Masse hat nichts gehabt und hat nichts, weil ja die Besitzer aller Machtmittel nur auf Kosten der Enteerten selbst erben konnten. Das Proletariat hat kein Interesse an der Tradition, weil sie die Verewigung der Zweiteilung von Ruhmehern und Enteerten will.

Tradition hat der Allgemeinheit gegenüber immer etwas Brutales, meist sogar Schamloses. Selbst die Sorte ist nicht ungeschäftlich, die uns lächerlich erscheint, wie z. B. in dem Leipziger Fall, wo der Rat die Umbenennung des Augustusplatzes in Karl-Marx-Platz hinstrebt. Aus Gründen der Tradition. Herr Büßig aus Kötzschenbroda und Mister Brown aus Liverpool, die seit 60 Jahren zur Leipziger Messe kommen, könnten den Platz nicht wiederfinden, wenn er nicht mehr traditionell Augustusplatz hätte. In diesem scheinbar nur lächerlichen Festhalten an der Tradition steht die ganz reale Angst, daß mit dem ersten Zusammentreffen an veränderte Zeitverhältnisse der sorgfältig gepflegte Bau des Ruhmehers am hergebrachten Alter ins Wanken kommen könnte. Meist aber gibt sich die Tradition ganz ungeschminkt und frisch und schamlos als gähnendes Festhalten an alten Ungerechtigkeiten, die zum Nutzen der Bestehenden dienen. In Grimma bei Leipzig hat man jetzt einen typischen Fall erlebt. Dort hat die im Mittelalter entstandene, aus biersaufen den Besitzbürgern bestehende Schützengilde Jahr um Jahr 15 Mark für Bier und 25 Mark für persönliche Ausgaben ihres "Kommandanten" bekommen. Die Stadt regiert von bürgerlicher Mehrheit, schwärmt sich mit Recht dieses mittelalterlichen Japses, strich den saufbedürftigen Schützenbrüdern aber nicht einfach die Zuwendung, sondern bot ihnen eine einmalige Abfindung in Höhe des 25fachen Jahresbetrages. Und das, obwohl ein Professorenrat festgestellt hatte, daß eine Verpflichtung für die Stadt überhaupt nicht besteht. Die Schützengilde mit dem Ritterinsel über dem Specknaden aber wußten einen Ausweg: die Tradition. Und weil "Tradition" die Zaubersformel für alle an der Allgemeinheit schmarotzenden Freibeuter ist, eine Formel, die alle Ruhmehrer einigt, stimmten die Grimmauer Ratsbürgern zu. Im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts ereignet sich nun mittler im hellen Sachsen die Schamlosigkeit, daß ein paar Dutzend organisierte Schützenbrüder auf Kosten ihrer Stadt Biergäste saufen dürfen. Aus Gründen der Tradition. Auf Rechnung einer Stadt, deren Steuern hauptsächlich von Arbeitern ausgebracht werden, die trock fleißiger Arbeit kaum das Nötigste zum Leben haben. Auf Kosten einer Stadt, die Erwerbslose und Bettelarme hat, aber kein Geld für Kulturausgaben. Die Schützenvereinler, sämtlich wohlhabende Kleinbürgers, und ihr Kommandant, ein reicher Fabrikant, aber werden nicht einmal schamrot, wenn sie auf der Straße einem Armen begegnen, von dessen Steuergroschen sie Bier saufen. Sie haben ja die vom Besitzbürgertum geschüttete Tradition hinter sich. Hannes.

Kommunisten und Maister.

Die kommunistische Bezirksorganisation hatte sich in einem Schreiben an den Unterbezirksvorstand der SPD, Groß-Leipzig, und an das Gewerkschaftsrat gewandt mit dem Erfuchen, daß diese Organisationen mit dem KPD eine gemeinsame Maister veranstalten. Das Gewerkschaftsrat und die SPD, Groß-Leipzig haben eine gemeinsame Maister mit den Kommunisten abgelehnt. Bestimmend dafür war, daß die Kommunisten bei den in früheren Jahren stattgefundenen gemeinsamen Aktionen Vereinbarungen und Abkommen nicht gehalten haben. Man muß deshalb davon ausweichen, daß die Kommunistische Partei bei der Maister es ehrlich meint. Die Vorgänge bei der Maister des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß die kommunistischen Führer verantwortunglos genug sind, auch brutale Gewalt anwendend zu lassen, um zu ihrem Ziele zu kommen, ganz gleich, ob dabei die Arbeiterbewegung und der Gedanke der Maister distanziert wird. Solange die kommunistischen Führer nicht den Nachweis erbracht haben, daß sie ihren verantwortlichen Kampfeswillen gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften aufgegeben und erstmals den Willen haben, der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem Klassenkampf des Proletariats in sozialer und ethischer Weise zu dienen, ist an gemeinsame Aktionen mit ihnen nicht zu denken. Das es den KPD-Führern im übrigen nicht mit einer gemeinsamen Maister ist, kann man daraus schließen, daß von der kommunistischen Bezirksorganisation schon seit längerer Zeit Maistenblätter in den Betrieben verkauft werden, obwohl zu jener Zeit die Entscheidung über die gemeinsame Maister noch nicht gefallen war.

Das Gewerkschaftsrat hat der Kommunistischen Partei, Bezirk Westsachsen, am 1. April mitgeteilt, daß von dem Kartellauskunftsamt eine gemeinsame Maister mit den Kommunisten abgelehnt wird. In der Begründung wird gesagt, daß solange die KPD ihre gewerkschaftshindgenden Verhalten nicht einstellt, auch nicht daran zu denken ist, irgendwelche gemeinsame Aktion mit der KPD zu unternehmen. Dieser Beschluß hat auch die Kartellversammlung abgestimmt.

Dabei ist interessant, daß die in dieser Versammlung anwesenden Kommunisten zu dem im Ausschusserichter vom Kartellvorstand vorgetragenen Beschluß der Ablehnung der gemeinsamen Maister mit den Kommunisten sich nicht äußert haben, obwohl kommunistische Redner zu Wort gekommen sind. Die Kommunisten haben auch nicht gegen den Beschluß des Kartellausschusses gestimmt, so doch einstimmige Annahme gefunden hat. Entweder haben die Kommunisten in der Kartellversammlung den Mut nicht aufgebracht, die kommunistische Einheitsparole zu vertreten, oder sie haben die für die KPD wichtige Angelegenheit der gemeinsamen Maiderstration in der Versammlung verschlafen.

Der Unterbezirksvorstand Groß-Leipzig der SPD hat an die Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Westsachsen, folgendes Schreiben gerichtet:

9. April 1927.

Werte Genossen!

Der Vorstand des Unterbezirks Groß-Leipzig hat in Ihrem Vorschlag, eine gemeinsame Maister zu veranstalten, Stellung genommen und beschlossen, diesen Vorschlag abzulehnen.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit der Kommunistischen Partei hat der Unterbezirksvorstand nicht den Eindruck gewonnen, daß die Kommunisten ehrlich gewillt sind, mit der Sozialdemokratie eine Kampfesfront gegen die Klassenseinde des Proletariats zu bilden. Wir müssten vielmehr bedenken, daß die Kommunisten nach wie vor ihren Kampf in der Hauptlinie gegen die Sozialdemokratie richten. Diese Haltung der Kommunisten hat in der Sozialdemokratischen Partei naturgemäß die ablehnende Haltung gegen ein Zusammenschluß mit den Kommunisten ausgelöst.

Dazu kommt, daß die Kommunisten wenige Tage nach ihrem Vorschlag einer gemeinsamen Maister in den Betrieben mit dem Verkauf ihrer Maister begonnen haben. Damit haben die Kommunisten selbst bewiesen, wie wenig ihnen an einer wirklich einheitlichen Durchführung der Maister liegt.

Mit sozialistischem Gruß
Parlisekretariat SPD, Leipzig,
ges. Hermann Liebmann.

Die Kommunisten versuchen, durch Schlagzeilen in der SAZ und durch ihre Leute in den Betrieben einen Revolutionssturm gegen die SPD und die Gewerkschaften für eine gemeinsame Maister mit der KPD zu entfachen. Es wäre besser, die Kommunisten würden sich mit dem für dieses Jahr von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gefassten Beschlüsse ab, unterliegen ihrer heile und ihre Schimpfanoden gegen die führenden Genossen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung Leipzig undhausen darin die Voraussetzung, daß endlich es wieder zu einer gemeinsamen Maister des Leipziger Proletariats kommen kann.

Die gesetzliche Miete.

Der sächsische Landtag hat über die Aufstellung der von den Mieter aufzubringenden Mieteistung von 10 Proz. entschieden. Und zwar dahin, daß von der insgesamt zu zahlenden Mietsumme von 110 Proz. der Friedensmiete der Hausbesitzer 60 Proz. bekommt und 45 Proz. als Mietsteuer erhoben, den Finanzklassen von Staat und Gemeinden sowie dem Wohnungsbau und der öffentlichen Fürsorge zugeführt werden sollen. Nachfolgend erhalten unsere Leser ein Bild über die Wirkung der neuen Mietsteuerbestimmung.

bei einem Grund- stück Gesamt- wert (100%) der Gebiets- größe von	Es beträgt			bei einem Gesamt- wert (110%) von	der Miet- steuer betrag (45%)	die Miet- steuer betrag (45%)
	pro Jahr	pro Monat	die Gesamts- teuer- betrag (65%)			
1.-	-10	1.10	-65	-45	-0.09	-0.04
2.-	-20	2.20	-130	-90	-0.18	-0.075
3.-	-30	3.30	-195	1.35	-0.275	-0.112
4.-	-40	4.40	-260	1.80	-0.306	-0.125
5.-	-50	5.50	-325	2.25	-0.46	-0.19
6.-	-60	6.60	-390	2.70	-0.55	-0.22
7.-	-70	7.70	-455	3.15	-0.64	-0.26
8.-	-80	8.80	-520	3.60	-0.73	-0.30
9.-	-90	9.90	-585	4.05	-0.83	-0.34
10.-	-1-	11-	-650	4.50	-0.90	-0.36
15.-	-1.50	16.50	-975	6.75	-1.38	-0.57
20.-	-2-	22-	-13-	9-	-1.83	-0.75
25.-	-2.50	27.50	-16.25	11.25	-2.29	-0.94
30.-	-3-	33-	-19.50	13.50	-2.75	-1.13
35.-	-3.50	38.50	-22.75	15.75	-3.20	1.31
40.-	-4-	44-	-26-	18-	-3.66	2.16
45.-	-4.50	40.50	-30.25	20.25	-4.13	2.44
50.-	-5-	55-	-32.50	22.50	-4.58	2.70
100.-	-10-	110-	-65-	45-	-9.16	5.41
150.-	-15-	165-	-97.50	67.50	-13.75	8.68
200.-	-20-	220-	-130-	90-	-18.33	10.83
250.-	-25-	275-	-162.50	112.50	-22.91	13.54
300.-	-30-	330-	-195-	127.50	-27.50	16.25
350.-	-35-	365-	-227.50	157.50	-32.08	18.96
400.-	-40-	440-	-260-	180-	-36.68	21.06
450.-	-45-	495-	-292.50	202.50	-41.25	24.37
500.-	-50-	550-	-325-	225-	-45.83	27.08
600.-	-60-	660-	-390-	270-	-55-	32.50
700.-	-70-	770-	-455-	315-	-64.16	37.91
800.-	-80-	880-	-520-	360-	-73.33	43.33
900.-	-90-	990-	-585-	405-	-82.50	48.75
1000.-	-100-	1100-	-650-	450-	-91.66	54.16

Aus vorstehender Tabelle vernog der Mieter sich zu erziehen, um wieviel seine Miete seit dem 1. April gestiegen wurde, welchen Monatsbetrag er nach den neuen Bestimmungen zu zahlen hat, und, falls er von der Mietsteuer befreit wurde, wieviel er nunmehr von der Gesamtmiete einzuhalten darf.

Noch ein Sechzigjähriger.

Genosse Albert Weigel, der der Leipziger Bewegung nun über 40 Jahre dient, ist am heutigen Tage 60 Jahre alt; er gehört zu den Genossen, die nicht nur ihr ganzes Leben der Arbeiterbewegung und der Verwirklichung ihres hohen Ziels des Sozialismus gewidmet haben, er stand auch schon in der vordersten Reihe der kämpfenden Arbeiterschaft, als es keine ungefährliche und leichte Sache war. Unser Genosse kam noch seiner Lehrzeit Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts — Weigel lernte in seiner Heimat, im Erzgebirge, die Schneiderei — nach Meissen, dem Hauptort des damaligen 17. Wahlkreises, der von Ignaz Auer im Reichstag vertraten wurde. Sofort war Weigel einer der interessiertesten und tätigsten Genossen in jenen Parteikreisen. Er vertrat seine Partei in den geheimen und öffentlichen Sitzungen und Versammlungen. Der Kreis hatte nicht nur dadurch seine Bedeutung, daß ihn Bevölkerung höher als der Auer als Reichstagsabgeordneter vertraten, er war auch das Vertragsfest der Reaktion.

Aber lange litt es Weigel dort nicht. Er kam 1886 nach Leipzig, um hier das Feld seiner Wirksamkeit zu finden. Er war der erste, der die Einzelmitglieder des im Jahre 1888 gegründeten Schneidersverbandes sammelte. Später war er auch der erste ernannte offizielle Vertrauensmann und hat als solcher für die gewerkschaftliche Organisation damals ein großes Stück Arbeit geleistet. Dass er bei

einer Anzahl Verbandstagungen Delegierter für Leipzig war, versteht sich. Ebenso treu und fleißig wie ihr die gewerkschaftliche arbeitete er für die politische Bewegung. Es ist ganz unmöglich, die anhaltende treue Arbeit im Laufe der Jahrzehnte für die Bewegung, auch nur einzigermaßen zu schätzen, sie kann nur angedeutet werden. Wie zuverlässig Weigel ist, geht daraus hervor, daß bei Kriegsausbruch der damalige 1. Vorsitzende der sozialdemokratischen Organisation für Alte-Leipzig den Posten als Vorsitzender niedergelegt, zu Weigel kam und ihm sagte, er müsse nur das Amt bis Kriegsende fortführen. Dies tat Weigel auch mit Treue und Zuverlässigkeit, wie man sie eben nur in der Sozialistischen Partei bei so manchen Genossen findet. Die tatkräftigsten Mitglieder der Organisation waren eingezogen, die älteren entweder zurückgetreten oder ungeheuer in Anspruch genommen und die jüngeren noch nicht geschult. Nun galt es für Weigel, die Organisation wenigstens dem Rahmen nach aufrechtzuhalten. Es war wirklich keine leichte Aufgabe, damals Organisationsleiter zu sein, und eine spätere Zeit wird die Dienste anders würdigen als die gegenwärtige.

Weigel war nach der Revolution im ersten Stadtparlament in Leipzig. Dort hat er mit Pflichtgefühl und vorbildlichem Eifer gearbeitet. So gehört Weigel zu den Genossen, denen die Arbeiterschaft für ihre Hingabe und ihre Arbeit wesentlich zu danken hat. Nur diese durch nichts zu erschütternde Überzeugung war es, die die Kämpfer niedergeschlagen und die Arbeiterschaft hochbrachte. Wir grüßen den treuen Kämpfer an seinem 60. Geburtstag und wünschen, er möge den Fortschritt noch erleben, daß die Arbeiterschaft wieder geschlossen, groß und mächtig dasteht und sehr bald ihrem Endziel zu schreitet. Das wird auch er als den schönsten Geburtstagswunsch und -gruß ansehen.

Eine Statistik der Unfälle.

Von der Pressestelle des Polizeipräsidiums wird uns geschildert: Nach der durch das Polizeipräsidium geführten Statistik haben sich im Laufe des Jahres 1926 in Leipzig insgesamt 3745 (2143) Verkehrsunfälle und 1408 (976) Zusammenstöße der verschiedenen Art zugestanden. Verglichen mit den in Klammern wiedergegebenen Ziffern des Jahres 1925 ergibt sich für das vergangene Jahr eine Zunahme der Verkehrsunfälle und Zusammenstöße. Bedingt wird dies dadurch, daß ganz besonders im Jahre 1926 eine außergewöhnlich große Junahme der Verkehrsmittel aller Art zu verzeichnen gewesen ist. Es sind deshalb im vergangenen Jahr alle Mittel zur möglichst reibungslosen Abwicklung des Verkehrs von der Polizei angewandt worden. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigt sich darin, daß im Verhältnis zur Junahme des Verkehrs die Zahlen der Unfälle und Zusammenstöße nicht entsprechend gestiegen sind. Von den Zusammenstößen erfolgten 497 (272) zwischen Kraftfahrzeugen, 13 (23) zwischen Straßenbahnen, 388 (308) zwischen Straßenbahnen und Kraftfahrzeugen, 113 (159) zwischen Straßenbahnen und Geländern und 138 (134) zwischen Kraftfahrzeugen und Geländern. Sonstige Zusammenstöße z. B. zwischen Eisenbahnen und Straßenbahnen usw. haben sich 244 (90) ereignet. Personen wurden verletzt durch Kraftfahrzeuge

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Alt-Leipzig. Westen 1. Morgen Dienstag, 8 Uhr, bei Donath, Promenadenstraße 31. Wichtige Mitteilung.
Engelsdorf. Morgen Dienstag, pünktlich 8 Uhr, in der Bibliothek.
Sellerhausen, Mittwoch, den 13. April, 18 Uhr, Sitzung in der Krone.

Schule.

Funktionäre Alt-Leipzig und Elternräte der Schulen 1., 3., 4., 5., 9., 10., 32., 40., 41. Tingußblattverbreitung Donnerstag, den 14. April. Abzuhören in den bekannten Lokalen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Dienstag, 12. April, in Kleinzschöcher, Naturheilverein.
Donnerstag, 14. April in Leutzsch, Turnheim, Sport-

Gallodenabend. Donnerstag, den 14. April, in Modau. Treffen 17 Uhr. Union.
Unsere nächste Probe ist am 27. April im Volkshaus. Wir proben für „Maifeier“ und Morterpfaß.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Dienstag, den 12. April, Ausflug nach dem Biennig. Treffpunkt 12 Uhr. Lindenauer Markt.

NSJ.

Funktionärschule. Kurzus Spieler, Geschichte, morgen Dienstag, 7-10 Uhr, Kurzus Riemann, Philosophie, morgen Dienstag, 10 bis 11 Uhr, Zimmer 14.

Sprechchor. Probe zur Revue 1. Mai heute 18 Uhr, Konsumvereinsfiliale im Volkshaus, Eingang Hof.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Iwenau. Morgen Dienstag, Stellen 8 Uhr an Turnerlust.

Mitglieder-Beratungen

Mädchen. Heute Montag, den 11. April, 8 Uhr, im Goldenen Adler, Mitglieder-Beratung. Tagesordnung: Die Aufgaben des Parteitages. Ref. Genosse Krebs.

Offizielle Sitzung der Stadtverordneten Mittwoch, 13. April, abends 8 Uhr im Sitzungssaal, Neues Rathaus. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Behandlung des Haushaltspolans. Gegebenenfalls 2. a) Förderung des Lustvorlehrts und Flugwesens; b) Beitrag an einen Jugendverband. 3. Unterstützung des sozialen Verkehrsverbundes der Schreber- und Gartenvereine. 4. a) Obdachlosenhaus (Erweiterungsbau); b) Erziehungs- und Pflegeanstalt Leipzig-Lindenau (Erweiterungsbau); c) Siedlungsgebiete südlich Marienbrunn; d) Ausschließung von Land an der Meusdorfer Straße zu Lagerplätzen usw.; e) Befestigung von Straßen der Raunhofer Straße, der Straßen A und C; f) Verlängerung der Eichstrasse Straße; g) Befestigung von Bogenlanden in der Merseburger Straße; h) Beitrag zu einem Schleusenbau in Portitz; i) Bebauung von Leipzig-Kleinischendorf im Lausener Weg; k) Bebauung von Leipzig-Schleußig-Nordost; l) Untergrund-Mehrzahns (Eingänge); m) Aufbau über dem Elektrizitätswerk Witten; n) Einrichtung eines Widerhorts im Sozialpädagogischen Frauenseminar. 5. a) Bau einer Volksschule für Leipzig-Moselau; b) Personalabbau in den Schulen (auch Antrag). 6. a) Einbau eines Brausebades in der 35. Volksschule; b) Badekreise usw.; c) Straßenbeleuchtung. 7. a) Ortsgebot über den gemischten Theaterausschuss; b) Ortsgebot über den gemischten Güterauschuss.

Straßenperrung. Ab Montag, den 1. April, wird die Apelsstraße zwischen der Bitterfelder Straße und der Dessauer Straße für allen Fahrverkehr während der Dauer des Einbaus des Fernheizkanals auf eine Woche gesperrt.

h. Diebstahl. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag drangen Diebe in eine Goltwirtschaft in der Kirschstraße, L. Wolfsdorf, ein. Sie erbeuteten eine erhebliche Menge Zigaretten, Zigaretten und Schokoladen.

ii. In Todesschlag zwischen Himmel und Erde. Ein aufgezogener Vorfall spielte sich am Sonnabendvormittag im Grundstück Wurzner Straße 16 ab. Dort stürzte ein mit Reparaturarbeiten beschäftigter Dachdecker infolge Lockerung seines Standortes ab. Geistesgegenwärtig, gelang es ihm, sich an der Dachrinne festzuhalten. So, zwischen Himmel und Erde schwebend, rief er verzweifelt um Hilfe, ohne zunächst gehört zu werden. Durch herabrollendes Gestein wurden mehrere im Waschhaus arbeitende Frauen ausmerksam und holten Hilfe, der es sodann nicht ohne Mühe gelang, den in Todesschlag schwebenden Mann aus seiner peinlichen Lage zu befreien.

p. Mit dem Kopfe durch die Fensterscheibe. Am Sonnabendmittag in der fünften Stunde fuhr ein Speditionsgeschoß am Brühl in eine Schuhfensterscheibe. Die Scheibe wurde zertrümmert. Das Pferd trug keine Schnittwunden davon. Personen sind bei dem Unfall nicht verletzt worden.

p. Ein Kraftwagen während der Fahrt umgestürzt. Gestern nachmittag in der fünften Stunde ist in der Merseburger Straße beim Eingang in die Denningerstraße ein Kraftwagen (Clydonette), dessen Führer einem plötzlich quer über den Fahrdamm gehobenen Kinderauto ausweichen wollte, bei dem plötzlichen Ausbrechen umgestürzt. Der Führer und die drei Fahrgäste gerieten dabei unter das Fahrzeug. Der Unfall hatte erstaunlicherweise für Führer und Fahrgäste keine schweren Folgen. Der Führer erlitt allerdings an den bei dem Umsturz zerbrochenen Glasscheiben einige Schnittwunden an der linken Hand. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt.

Nur kurz war die Freude des Beifiges. Am 6. April wurde einem Motorradbesitzer sein Fahrzeug gestohlen. Der neue „Eigentümer“ aber ließ die nötige Vorliebe fehlen. Unbedeutend fuhr er mit „seinem“ Rad durch die Straßen Leipzigs. Heute, also fünf Tage nach der „Requisitionierung“ des Vehikels, erzielte ihn das Verhängnis. Der rechtsmäßige und unrechtmäßige Besitzer entdeckte Eigentümer erkannte während einer Straßenfahrt sein von dem Spurzubehör geführte Motorrad, sprang flugs von der Bahn, benachrichtigte den nächst erreichbaren Schuhmann, der dann den „neuen Besitzer“ festnahm. Dass dem um sein Motorrad bestohlenen das unerwartete Wiedersehen unbeschreibliche Freude mache, versteht sich am Rande.

Polizeinachrichten

Ein Fahrrad gestohlen. Am 6. April, abends in der 9. Stunde, ist ein rot dem Grundstück Tauchaer Straße 9 unbedeutend gehobenes Motorrad, Marke D. R. W., Erkennungszeichen III 21 589, Fahrgestellnummer 41 881 und Motornummer 87 673, gestohlen worden, während der Eigentümer in einer nahen Schankwirtschaft eingefehlt war.

Wem gehören die Fahrräder? In den Anlagen der Emmauskirche Leipzig-Sellerhausen, ist ein Fahrrad ohne Marke mit der Nr. 15 270 gefunden worden. Der Sattel des vermutlich einem Schüler gehörigen Rades ist A. B. gezeichnet. — Ferner wurde in der Hausschlüsse eines Grundstücks der Schillstraße ein angehobenes Herrenfahrrad, ohne Marke, am schwarzen Rahmen „Willy Bauer, Leipzig-Anger“ gefunden. Die Eigentümer wollen sich beim Kriminalamt melden.

Zusammenstoß. Am Georgiring ereignete sich am Donnerstag ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftwagen und einem Milchjuhrwagen. Es ist nur Materialschaden entstanden.

Bermüht wird mit dem 8. 4. die Holzhäherin Klara Thiele. Sie ist 19 Jahre alt, 1,75 Meter groß, schlank, hat hellblondes Haar, Brüste, blaue Augen und niedrige Stirn. Bei ihrem Tortgang war sie bekleidet mit grünem Kleid, schwarzem Rüschenmantel, schwarzen Samthut, schwarzen Florstiefeln und schwarzen Lederschuhen. Sie führte ein schwatzendes Kleid mit sich.

Teilweise Aufhebung des Mieterschutzes.

Die seit längerer Zeit angekündigte Verordnung über die Auflösung der Wohnungswirtschaft ist jetzt erschienen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Mieterzusch für Wohnungen fällt.

§ 1. Auf Wohnungen mit einer Jahresmietensumme von A 2200 Mk. und mehr in den Städten Dresden und Leipzig, B 1800 Mk. und mehr in den übrigen Orten der Ortsklasse A, C 1200 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse B, D 800 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse C, E 600 Mk. und mehr in den Orten der Ortsklasse D finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes, mit Ausnahme der Paragraphen 2 und 8, keine Anwendung, jedoch ist im Falle des § 8 die Genehmigung der beteiligten Gemeindebehörden nicht erforderlich.

Zivileinquartierung wird befehligt.

§ 2. Die Unterbringung Wohnungsbewohner im Wege der Zivileinquartierung ist nicht mehr zulässig.

Mieterschutz für Geschäftsräume wird aufgehoben.

§ 3. Auf Geschäftsräume finden die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes keine Anwendung. Als Geschäftsräume im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Geschäftsräume, die Teile einer Wohnung bilden oder wegen räumlichen und wirtschaftlichen Zusammenhangs mit Wohnräumen zugleich mit diesen vermietet sind. Für Werkstätten der bildenden Künste und der Lichtbildner bewendet es sich der Verordnung vom 15. Februar 1928.

§ 4. Auf Geschäftsräume mit einer Jahresmietensumme von der im § 1 genannten Höhe finden mit Wirkung vom 1. April 1928 ab die Bestimmungen des ersten Abschnittes (Paragraphen 1-36) des Reichsgesetzes über Mieterschutz- und Mietseingangsämter keine Anwendung.

Geschäftsräume können gefündigt werden.

Die Aufhebung des Mieterschutzes (Absatz 1) gilt nicht für die im § 3, Absatz 2 und 3, genannten Geschäftsräume sowie für Mietverhältnisse über Räume, die ausschließlich religiösen, militärischen oder schulischen Zwecken dienen. Mietverhältnisse über Geschäftsräume, welche nach Absatz 1 die Wirkung vom 1. April 1928 ab der Mieterschutz aufgehoben ist, können nach Maßgabe der bestehenden Verträge von dem Inkrafttreten dieser Verordnung als gefündigt werden. Eine solche Ründigung wird indessen frühestens zum 31. März 1929 wirksam.

§ 5. Auf Geschäftsräume der im § 4, Absatz 1, genannten Art finden mit Wirkung vom 1. April 1928 ab die Vorschriften des Reichsmietengesetzes keine Anwendung. Vom 1. Oktober 1927 ab ist eine Erhöhung des dem Vermieter jeweils zustehenden Anteils an der gesetzlichen Miete um einen Betrag von höchstens 10 vom Hundert der Friedensmiete zulässig. Die Aufhebung des Reichsmietengesetzes gilt nicht für die im § 4, Absatz 2, bezeichneten Mietverhältnisse. Untermeister sind schullos.

§ 6. Die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes des Reichsmitengesetzes und der Paragraphen 1-28 und 30-36 des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mietseingangsämter finden auf ein Untermieterverhältnis, das nach dem 1. Juli 1927 begründet wird, keine Anwendung.

§ 7. Soweit bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung die Anspruchnahme von Wohnungen der im § 1 bezeichneten Art oder von Räumen zur Unterbringung von Zivileinquartierung oder von Geschäftsräumen rechtshilflos ausgeschlossen oder durchgeführt werden ist, behält es bei den bisherigen Bestimmungen und dem durch Anspruchnahme geschaffenen Zustand sein Bewenden.

Ein vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung anhängig gewordener Rechtsstreit, welcher die Herausgabe eines vermieteten oder sofort zum Gebrauch überlassenen Geschäftsräumes zum Gegenstand hat, ist nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen.

§ 8. Geschäftsräume im Sinne dieser Verordnung sind, abgesehen von den im § 3, legten Absatz, genannten, als Räume, die zur Zeit des Inkrafttreten der Verordnung nicht Wohnräume sind.

§ 9. Einer Klage, mit der die Herausgabe eines Raumes verlangt wird, der nach § 4 von den Bestimmungen des ersten Abschnitts des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mietseingangsämter ausgenommen ist, hat ein Schiedsverfahren vor dem Mietseingangsamt vorauszugehen.

§ 10. In den Fällen des § 9 darf Termin zur mündlichen Verhandlung über die Räumungsklage erst bestimmt werden, wenn der Vermieter eine Befreiung des Mietseingangsamtes darüber bekräftigt, dass in einem Termin, in dem der Vermieter ein von ihm zum Vergleichsabschluss ermächtigter Vertreter erscheinen war, ein gültlicher Ausgleich zwischen den Parteien erfolglos ver sucht worden, oder dass der Mieter in dem Termin ausgebüsst worden ist.

Ein bei dem Prozeßgericht eingehaltener Güteanttag ist an das Mietseingangsamt zu verweisen. Die Entscheidung auf eine vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erhobene Räumungsklage ist bis zur Erledigung des Schiedsverfahrens durchzuführen.

Ein Schiedsverfahren kann auch von dem Mieter beantragt werden, der eine Räumungsklage befürchtet.

§ 11. Das Justizministerium stellt allgemeine Grundzüge über die Geschäftspunkte auf, die unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für die Beurteilung der Ungemessenheit des Mietzinses im Sinne des § 4 A des Gesetzes über Mieterschutz und Mietseingangsämter von Bedeutung sind.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tage in Kraft.

§ 13. Der Widerruf oder teilweise Widerruf dieser Verordnung bleibt jederzeit vorbehalten.

Die Mietwucherer können sich vergnügt die Hände reiben. Bald wird es Mietsteigerungen und Ründigungen geben. Die Angehörigen des Mittelstandes, Kleinhandwerker, Gewerbetreibende, Händler usw. werden bald am eigenen Weibe versprühen, welcher Art die von der Koalitionsregierung getriebene praktische Mittelstandshilfe ist. Besonders schlimm wird sich auch die Beisetzung des Unternehmerschutzes auswirken. All die Jährlaufen den Haushaltungen, die in Untermiete wohnen, all die Untermieter, die schon heute mit erheblich gestiegenen Mietzinsen rechnen müssen, werden verhängnisvoll belastet.

Für diese Vermehrung der wirtschaftlichen Not von großen Kreisen der sozialen Bevölkerung müssen sich die Betroffenen bei den Koalitionsparteien, im besonderen bei den Aufwärtern und Koalitionen bedanken, die es ihren Wählern schuldig gewesen wären, den Mieterschutz zu verteidigen.

Was droht unserer Volksschule?

Bei der Tagung der sächsischen Lehrer in Döbeln veranlaßte der Lehrerverein am 5. April eine öffentliche Versammlung. Die Verantwortlichkeit für diese Versammlung in den Betrieben hatten die Betriebsobeleute der Partei übernommen. Hoffentlich lernen aus der Tatsache, daß die Versammlung überfüllt war, alle Lehrervereine, doch nur mit der Lehrerklasse wirksame Auflösungsarbeit in der Verordnung getrieben werden kann.

Bei der Versammlung sprach der Genosse Reinhold Lehmann, Leipzig über das Thema:

Was droht unserer Schule? Wie schützen wir sie?

Der Redner ging im ersten Teil seiner Ausführungen auf die ungerechten und möglichen Angriffe gegen die Leistungen der Volksschule ein. Besonders unterzog er die Schriften „Die verinkende

Volksschule“, „Wie steht es um die Volksschule?“, die größte Erregung unter der Bevölkerung und den Freunden der Volksschule hervorgerufen haben, einer ausführlichen Kritik und wies nach, wie die allgemeinen Angriffe bei näherer Prüfung in sich zusammenfallen.

Auffällig ist das zweite Mal, mit der gewissen Kreise die Leistungen der einzelnen Schularten messen (Volksschule, höhere Schule, Universität). Urteile über mangelhafte Leistungen an den höheren Schulen werden geflissentlich verschwiegen (Prof. Boehmer, Prof. Witt usw.), auch die Worte aus der Deutscherkundung des Bildungsministeriums, die eine Anerkennung der neuen Schule enthalten.

Der Redner gab zu, daß Lücken in den Kenntnissen vorhanden sind, aber in allen Schularten, die Universitäten eingeschlossen. Die Ursachen für diese Erscheinung liegen 1. in der ganz andersartigen Einstellung der neuen Schule gegenüber gewissen Bildungsaufgaben, die man in früheren Lehrplänen für unerlässlich hielt, 2. in der furchtbaren Zeitspanne, in der diese Kinder herangewachsen sind (Krieg, Inflation, Wohnungsnos, Wirtschaftskrise).

Dann arbeitete der Redner die Gefahren heraus, die der Volksschule drohen.

1. Von der Zentrale der christlichen Elternvereine (Zentrale der Propaganda gegen die Volksschule).

2. von den Parteien, die nicht Freunde der Volksschule sind, und deren Fortschritt nicht wollen,

3. vom kommenden Reichskonföderat,

4. vom kommenden Reichsschulgesetz.

Als warnendes Beispiel einer möglichen Schulversplitterung in Deutschland schildert der Redner die Schulverhältnisse in Holland, wo das System der freien Schulen herrscht, als Vorbild einer freien Staatschule, die der Vereinigten Staaten.

Nach einer umfangreichen, in einem vornehmen Tone gehaltenen Ansprache wird folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die von 700 Personen besuchte öffentliche Versammlung vom 5. April verurteilt einmütig die planmäßige Hebe gewisser politischer Kreise gegen die Leistungen der Volksschule und gegen die Arbeit der Volksschullehrer. Sie spricht der Lehrerschaft ihr volles Vertrauen aus und unterstützt das Bemühen, die Bildungsarbeit in kindgemäße, fortschrittliche Bahnen zu lenken.

Angesichts der Gefahren, mit denen Reichskonföderat und Reichsschulgesetz die Volksschule bedrohen, ruft die Versammlung die Elternschaft auf: Schützt die allgemeine, kirchliche Staatschule! Ein Zerstörung der Schule, eine Aufteilung an die Befreiungsgemeinden würde eine außerordentliche Verschwendungen öffentlicher Mittel nach sich ziehen, Verwaltungsschwierigkeiten aller Art schaffen, die Kindergemäßheit und Wissenschaftlichkeit des Unterrichts gefährden, vor allem aber höchsten Unzufriedenheit schon im Kinderland verursachen.

Die Erziehungsstätten der deutschen Jugend brauchen Ruhe und Einheit, um zu höchster Leistungsfähigkeit zu kommen. Um beides zu wahren, bedarf es in der nächsten Zeit angestrebter Wahrhaftigkeit und jährlicher Entschlossenheit aller Eltern und Schulfreunde.

Sie tun schrecklich ernst.

Die Drohung der Demokraten mit Sprengung der Koalition, falls auch noch Dr. Seydel den Deutschenationalen geopfert werden sollte, hat bei den bürgerlichen Reaktionären so gut wie keinen Eindruck erweckt. Wohl aber ist den Alten Sozialdemokraten das Herz in die Hosen gefallen. Sie wissen ja auch, daß eine Landtagswahl für ihre vier Mandate zur Katastrophe werden mühte. Die Abstimmung durch die entscheidenden Regierungsparteien hat die Demokraten noch mehr verunsichert. Daher möchte die demokratische Altklaus Morgen

Aus der Umgebung

Vindishof. Bericht über die schlechte Gemeindeverordneten-Zählung. Es wird mitgeteilt, daß der Autobusbetrieb im Monat Februar einen Zustand der Gemeinde von 29000 Ml. erfordert hat. Die Wohnzählerzahlen in der Berufsschule sind für die Knabenklassen auf 8 Stunden, für die Mädchenklassen auf 7 Stunden erhöht worden. Das Volksbildungministerium genehmigt für das neue Schuljahr 5 Auslehrerinnenstunden neu und genehmigt die Weiterführung der beiden Nachhilfeklassen wieder. An der südwärtigen Ecke des Familiendörfs wird eine Wohnungsmauer aus Beton errichtet, die Bauteile der Arealtangage im Ende wird östlich des Endes bestimmt. Für die Kleinwohnungen in der Salzstraße macht sich die Bestellung eines Hausmanns nötig, weil einige Familien nicht den nötigen Ordnungsdruck aufbringen können. Ein unweisenliches Vorgehen findet Genehmigung. Die Gemeindezähler 1927/28 erhält Arthur Dörfle. Die Eintriedungen der Gemeindegrundstücke müssen neu hergestellt werden, die Arbeiten und Dienstungen werden vom Kollegium anstrengungsgemäß vergeben. Dasselbe gilt für die Tischler-, Maler- und Schreinereien und für die Herstellung der Pläne im Familientod. Das Ergebnis der Beurteilung der Wohnungen in der Salzstraße war befriedigend, die beteiligten Unternehmer könnten nur die Garantie entlasten werden. Schlimme Zustände herrschten in dem Handarbeitszimmer der Schule 2. Abgesehen davon, daß sämtliche Zimmer einer Renovierung, welche in den großen Ferien vorgenommen werden soll, bedürfen, wurde das Mobiliar in sehr defektem Zustand vorgefunden. Abhilfe soll schließlich gebracht werden. Zu dem Misstrauß für Schulkinder, Sozialrentner, Kleinkinder und Bedürftige bewilligte man einen sich nötig machenden Zusatz. Das Gehuch des Turn- und Sportvereine Vorwärts um Prüfung der Bedürftigkeitszugehörigkeit ist ausgeschankt von Bier und alkoholischen Getränken auf dem Sportplatzgelände wird mit 8 gegen 4 Stimmen befürwortet. Der Gemeinderat ist nur für eine beschränkte Genehmigung zu haben, die Bürgerlichen machen ihre Befürwortung von gesetzlichen Einschränkungen bezüglich des starken Besuchs am Sonntagnachmittag. Dem Bad- und Bauausschuß wird Genehmigung erteilt, die Vorarbeiten zur Personalausgabe, Ressame und Verpackung des Weißtätsgebäudes zu erledigen. Einige nicht wesentliche Sparfassenauskunftsbeschlüsse finden die Zustimmung des Kollegiums. Hieraus nichtöffentliche Sitzung.

Hüdmarsdorf. Vermieth. Seit Mittwoch, den 6. April 1927, wird der Bürgermeister Lehmann vermisst. Aus einem Briefe, der am 7. April in Plauen i. B. zur Post gegeben ist, kann geschlossen werden, daß er den Freitod gewählt hat. Was ihn dazu getrieben hat, ist zunächst noch unerklärlich. Wahrscheinlich hat er einen Nervenzusammenbruch erlitten. Nach einer vorläufigen Kostenprüfung durch die Amtschausammler kosteten Unterlagen nicht festgestellt werden. Der Gedauernswerte, der hier in großer Achtung stand, war bei seinem Weggang bekleidet mit grüner Militärmütze, grauen Manschettenshosen, graugrünen Stufen, Schnürschuhen und Sportmütze. Außerdem hatte er sein Rad, Marke Brenabor Nr. 1100181, bei sich. Der Verlust ist am 6. Juni 1884 geboren und trägt einen Trauring gesetzt. H. K. sowie seine Ausweispapiere bei sich. Personenbeschreibung: 1,80 Meter groß, kräftig, graumeliertes, ungeschicktes Haar, kurzer Schnurrbart. Besonderes Kennzeichen: Viele große Zähne abgebrochen. Sachdienliche Meldungen an die Gendarmeriestation in Böhlig-Ehrenberg.

Großb. Schaden jeuer. Das dem Gutsbesitzer Joseph in benachbarter Großwirtschaften gehörige Scheunengebäude brannte Montagmorgen gegen 1 Uhr aus noch nicht geklärte Ursache mit seinem gesamten Inhalt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Gerätschaften vollständig nieder. Der anhaltende Regen und die günstige Windrichtung verhinderte eine weitere Ausbreitung des Feuers auf benachbarte Gebäude. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

e. Großb. Diebstahl auf dem Jahrmarkt. In der Nacht zum 3. April wurde auf dem Jahrmarkt von der Tafel eines Verkaufsstandes eine größere Wachstuchdecke gestohlen. Durch Hinzukommen eines Polizeibeamten wurde der Täter an

der Minnahme weiterer Gegenstände gefördert, entfernte sich aber eilig unter Minnahme bezeichneter Decke, ohne von dem Polizeibeamten eingeholt zu werden. In Frage kommt eine mit dunkler Hose, grauem Jackett und heller Sportweste bekleidete männliche Person. Nachforschungen sind noch im Gange.

— Vom Arbeitsmarkt. Am 1. März 1927 verfügte der Arbeitsnachweis Großb. über 195 männliche und 21 weibliche, zusammen also 216 Arbeitssuchende. Im Laufe des Berichtsmonats waren 46 Neumeldungen zu verzeichnen. Dagegenüber standen 68 Abmeldungen von Arbeitssuchenden. Es waren hierauf am 31. März 1927 noch 173 männliche und 21 weibliche, zusammen 194 Arbeitssuchende vorhanden. Erwerbslosenfürsorge erhielten am 1. März 1927 115 männliche und 21 weibliche, zusammen 188 Hauptunterstützungsjugendliche. Am 31. März 1927 erhielten 132 männliche und 18 weibliche, zusammen 150 Personen Erwerbslosenfürsorge. Nach dem Gesetz über Krisenfürsorge wurden am Anfang des Berichtsmonats 17 männliche und 3 weibliche Personen unterstützt. Am Schluss des Berichtsmonats erhielten 19 männliche und 3 weibliche Personen Krisenfürsorge. 16 Arbeitssuchende werden noch bei der Behörde des Schneiderdurchgangs bei Großb. als Notstandsoberhaupt beschäftigt. Nach den statlichen Unterlagen sind im hiesigen Stadtbezirk die Metall- und die Schuhindustrie, die ungelernten Arbeiter, sowie das Schneidertandwerk und die laufmännischen Angestellten am häufigsten von der Erwerbslosigkeit in Mitteleinschaffung gezwungen. Im Jahre 1926 standen hier 242 männliche und 61 weibliche, zusammen 305 Arbeitssuchende zur Verfüzung.

X. Knautscheberg. Die Kirche auf dem Schäfchen fand am Sonntag, dem 10. d. M., Stand im Gotha zum Park in Knautscheberg die diesjährige Jugendmesse statt. Der Jugendweihlinge konnten zwar noch nicht sein, aber immerhin ist es eine stattliche Schar, die der Genosse Dr. Ohr am Sonntag im weißen Gewande zu weihen hat. — Das ist für die Kirche bitter, deshalb macht sie sich schon jetzt an Eltern der nach Ostern in die Schule kommenden heran, indem sie die nachstehende Aufforderung hier und in den Nachbarorten kursieren läßt:

In die evangelisch-lutherischen Eltern!

Schickt Eure Kinder nicht in den weltlichen Unterricht der Lebensstunde, sondern in den Religionsunterricht! Läßt Euch nicht irreführen! Es genügt für die Konfirmation nicht, daß die Kinder getauft sind. Vielmehr muß dazu regelmäßiger Religionsunterricht vom 1. Schuljahr an nachgewiesen werden. Unsern Kindern soll im Religionsunterricht vor allem der Herr Christus vor die Seele gemalt werden, daß sie in ihm den Halt finden im Kampf des Lebens und im Kampf des Todes. Diesem höchsten Zweck dienen auch die wenigen Stücke aus Katechismus, Bibel und Gesangbuch, die im Religionsunterricht eingeprägt werden sollen. Darum:

1. Meldet Eure Kinder gleich bei der Neumeldung zur Schule, spätestens aber am 1. Schuljahr des Schulhalbjahrs zum Religionsunterricht an — am besten auf dem unterstehenden Vorbrück. 2. Die Katholiken haben ihre Schulen, die Juden haben ihre Schulen, nur die Evangelischen noch nicht. So heißt mit, daß wir für unsre evangelischen Kinder nicht bloß Religionsstunden, sondern endlich evangelische Schule mit evangelischen Lehrern erhalten. 3. Holt Euch Rat nur bei den katholischen oder bei den christlichen Elternvereinen; schließt Euch den christlichen Elternvereinen an, die in erster Linie den Kampf führen um die christliche Erziehung der evangelischen Jugend! 4. Klärt auch die Eltern und Erziehungsberichter aus Euren Bekannten- und Verwandtenkreis auf, besonders auch die Eurer Patenkinder und erinnert sie an ihre Pflicht, die Kinder in den Religionsunterricht zu schicken.

Die Superintendenten der Ephorien Leipzig-Stadt und -Land.

D. Hilbert. D. Jenfer.

Eltern von Schuljüngern! Läßt euren Kindern nicht den Herrn Christus vor die Seele malen, wie hier in so "wundervollem" Sprachdeutsch der Kirche verlangt ist. Wendet euch gegen die Beschädigung der Volksschule. Die freigießigen Verbände rufen euch zu: Tretet ein für die weltliche Schule! Meldet eure Kinder vom Religionsunterricht ab.

k. Eisenburg. Der halleische „Kassen-Kampf“ interessiert sich für einen angeblichen NSB im hiesigen Reichsbanner. Er behauptet schon zum zweitenmal, da nach der letzten Übertragung meistens durch das Verhalten einzelner SPD-Fraktionmitglieder, die in der Werbe Woche aufgenommenen Mitglieder wieder ausgetreten sind. O, arme Propheten! Wahre ist es, daß das Reichsbanner 10 der KPD nahesteht. Personalien statutengemäß nicht aufgenommen hat. Also wieder einmal daneben gegangen. Warum bringt man nichts von dem NSB im Roten Frontkämpferbund? Von denen, die ausgetreten sind, wollen wir nur den Stadtverordneten Maxi niedergelegt hat! Also, wo besteht die Krise? Sicher in der KPD!

k. Eisenburg. Kartellbericht. Genosse Voß, Leipzig, hielt einen Vortrag über „Die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften“, wobei er sich besonders mit der von den Großindustriellen eingeleiteten Dorda in Düsseldorf beschäftigt. Eine reiche Debatte schloß sich an. — Der Vierjahresbericht zeigt in der Einnahme die Summe von 638,49 Ml., die Ausgaben betrugen 375,00 Ml., so daß ein Kassenbestand von 262,53 Ml. vorhanden ist. — Die Maifeier, die eine gemeinsame ist, wird am Sonnabend, dem 30. April, eingeleitet durch einen Fackelzug. Am 1. Mai, vormittags 14.10 Uhr, soll dann eine Maifeier in der „Stadthalle“ stattfinden, die außer dem Körner in einem Sprechchor des proletarischen Jugendkomitees ihren Höhepunkt erreicht. Am Nachmittag findet dann auf dem Sportplatz ein Beisammensein, bestehend in Konzert, Kinderbelustigung usw. statt. Den Tag beendet ein Tanzfest in der „Stadthalle“. Die Maifeierfeier kostet 30 Pf.

Rundfunkprogramm

Dienstag, den 12. April. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise, amerikanische Metallmedaillen des Vorabends, 12.50 und 13.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen, 14.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Notiz, 15.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktionsbericht amtlich, 16 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 14.45 und 15.25 Uhr und die laufenden Produktionsberichten, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot, 16.08 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft, 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Leichte Notierungen, Unterhaltung und Belehrung, 19.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst, 19.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms, 19.25 Uhr: Was die Zeitung bringt, 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Vorauslage (Deutsch und Esperanto), 12 Uhr: Mittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle, Dirigent: Gustav Asante, 12.35 Uhr: Rauener Zeitzeichen, 13.15 Uhr: Presse- und Wissenschaft, 16.30–17.30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle, Dirigent: Gustav Asante, 17.30–18 Uhr: Frauenfunk, ref. Suzanne Tricel: „Die Pflage der Zimmerpflanzen.“ 18.00–19.30 Uhr: Leipziger Proben aus den Neuercheinungen auf dem Büchermarkt, 18.30 Uhr bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin, G. von Cäsaren und C. M. Alferi: Spanisch für Anfänger, 19.–19.30 Uhr: H. Siegfeld von Verein für Volkunterhaltung, Erfurt: „Thüringen, das grüne Herz Deutschlands.“ 19.30–20 Uhr: Vortragsreihe: „Charakterologie“ (Charakterkunde), 9. Vortrag: Dr. Hermann Boehme: Menschenkenntnis, 20 Uhr: Wettervorauslage und Zeitangabe, 20.15 Uhr: Einakterkonzert, Dirigent: Alfred Szendrei, Solist: Hans Voltermund (Violoncell), Berlin, Das Leipziger Sinfonie-Orchester, 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk, 22.15–24 Uhr: Kunstmuseum: Wilhelm Engst, Karl Kehler (Lustiges), Erich Pursl (Wesang) und das Leipziger Rundfunk-Orchester.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichts-Halle: Farolier Kalbalando mit 80 mög. 1.10. Nivernaybier Klopabrat mit Kartoffelmus 75.50 Morgen: Geb. Sojabohn mit Kartoffelsalat 75.5. Schmetterlinge mit Makaroni 1.10.

Kinderwagen
von 40 Mk an
Klapptwagen •
von Mk. 17.50 an
Puppenwagen
Teltz, sofort. Mitt.
Eisatorstr. 46. I.

Outerh. Kinderwagen
Mk. Klappw. 7 Mk.
Lind. Birkenstr. 8. p.

Diverses

Ihr Anzug
wird „wie neu“ ge-
reinigt u. gebügelt
4.5.51. Wdhof. u. Zu-
fret. Post. genutzt
Reinigung. Undine
L. Obiliz. Burghardstr. 6

Stellenangebote

Gefucht
Staffierer-Vorarbeiter auf Karosserien
von bedeutender Firma der französischen
Schweiz. Ausichtsreiche Stelle für fähige
Personen. Heiles Solär. Eventuell Ein-
tritt nach Überreifung.
Öfferten mit Referenzen, Lohnantr. und
Zeugnisschriften unter Cifire
G. 2978 X. an Publicitas, Genf.

Verkäufe
Bon Herrschalten
wenig getragene
Herr.-Garderobe
billig zu verkaufen
Körbingstr. 12, v.
Ein- u. Verkaufsstech.

Auf Kredit
Schränke
mit 10% Übersicht
Scherbel
Grimmaische 31. 28
Katherinenstr. 20*

Begau. Offenhalten von Löden an
Sonntagen. Die Verköstigung von
Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern
in allen Zweigen des Kleinhandels-
gewerbes und damit das Offenhalten der
Verkaufsstellen ist unter Aufhebung der
biologischen Regelung gesetzlich worden
am Sonntag vor Palmarum und vor
Pünktchen, am 1. Sonntag im Juli und
im Oktober von 11 Uhr vormittags bis
4 Uhr nachmittags sowie an den beiden
letzten Sonntagen vor Weihnachten von
11 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.
Begau, am 26. März 1927.
Der Stadtrat.

Konkursmasse-Verkauf

Im Kontursche Schuhwarenhaus Ge-
schäftsräume Seltmann in Leipzig-Lindenau,
Merseburger Straße 35, hat nach be-
endeter Inventur
der Kontursche Einzelverkauf
begonnen und geht weiter.
Der Kontursche
verwalter Paul Meinhold.

Ehren-Erklärung

Hierdurch nehme ich die gegen Herrn
Spath, R. Blaumühle, Jahnstraße 36
am 21. 3. 1927 ausgesprochenen Bele-
digungen mit dem Ausdruck des Be-
bauers zurück.
Frau Römer.

Schulanfang 1927

Schulbücher für alle Volkschulen

Schreibhefte, Tinte, Zeichenblätter,
Federn, Federhalter, Bleistifte, Farb-
stifte, Tuschkästen und alles sonstigen
kleinen Lehrgegenstände sind durch
alle Filialen der Volkszeitung zu be-
ziehen. Gleichzeitig empfehlen wir
zu Geschenk-Zwecken für die
jetzt die Schule verlassende Jugend
unser reichhaltiges Lager an
Büchern für die Jugendweihe
sowie Jugend-Schriften, Reise-
beschreibungen usw.

Leipziger Buchdruckerei A.G.

Abteilung Buchhandlung

Zauchaer Straße 19/21

Unserm lieben Parteidienst
Albert Weigel
Elsterstraße 28
zu seinem 60. Geburtstage die
besten Glückwünsche.
Ortsverein Alt-Leipzig, Westen II.

Für die uns in so reichem
Maße dargebrachten
Ehrungen anlässlich unserer
Silberhochzeit sagen allen
Verwandten, Freunden und
Kannten sowie allen Ge-
schäftskollegen der Leip-
ziger Buchdruckerei A.G.
herzlichsten Dank.
Friedrich Sachse
und Frau.

Statt Karten.
Für die uns anlässlich unserer
Silberhochzeit sowie zur Konfir-
mation unseres Sohnes entgegen-
gebrachten zahlreichen Glück-
wünsche und Geschenke danken
wir nur auf diesem Wege allen
recht herzlich.
Leipzig O 28
Paul Vieweg u. Frau
Anna geb. Taschenberger.

Herren - Halbschuh (Rahmen- arbeit) mit Seltenschürung

19.50
Schuh-Lohr
Hallesches Tor 1–5 (Meßhaus Union)
am Hauptbahnhof
und Bayersche Straße 12
am Bayrischen Bahnhof